

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 M. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonnetten für Arbeitstage 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

### Seelische Ermüdung.

„Es ist schändlich, wenn die Seele schon ermüdet, während der Körper noch nicht müde ist.“

Einen sicheren Beweis, daß die Seele eine siegreiche Kraft über den Körper haben kann, bietet ein jugendlicher Geist in einem alterschwachen, müden Körper. Ein lebensfreudiges, leuchtendes Auge in einem halbzerfallenen Leibe kündigt eine ewige Jugend der Seele an. Leider begegnet man häufig der entgegengesetzten Erscheinung. Eine müde Seele in einem gesunden Körper. Man trifft junge Menschen, deren matter Blick, deren müde Sprache, deren lässiges Wesen eine ständige Lebenslangeweile verrät. Welchen anderen Zweck haben die immer raffinerter werdenden Genüsse der modernen Großstädte: die Theater, die Soirees, die Nachtcafés, als müde Seelen vor dem Vergehen in der Dede eines mühsigen Daseins zu bewahren? Das abgestumpfte Innere hat eben kein Empfinden mehr für feine seelische Freuden: für die Liebe in ihrer edlen Form, für Freundschaft, für das Glück der Sündlichkeit und für die Schönheit Natur. Pläntelhaftigkeit und Seelenmüdigkeit findet man dort, wo die Nahrung und die Kraft der Seele nicht in der Tagesarbeit, nicht in den Pflichten des Berufslebens gesucht wird.

Zur Ehre der arbeitenden Klassen sei es gesagt, daß hier die Seelen noch durchweg frisch und gesund sind, daß der Lebensüberdruß aus seelischer Mattigkeit und Langweile bis jetzt noch kaum Eingang in die Hütten des Volkes gefunden hat. Doch auch in diesen Kreisen verfehlen längst nicht alle das Geheimnis, sich die Freische der Seele bis ins Alter zu sichern, wenn der Körper schon längst müde geworden ist.

Pflichttreue und Tugend; Arbeit und Erholung; warme Freundschaft und echte Liebe: das sind die Quellen, aus der die Seele täglich Erquickung schöpfen und damit Müdigkeit fernhalten kann.

### Die „Spezialkorrespondenten“ der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung.

Etwas ist immer los bei unseren „Freunden“ roter Couleur. Augenblicklich ist dort die Sache gar wieder brenzlich an allen Ecken und Enden und dem Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes wird's ordentlich schwül in der stickigen Atmosphäre. In dieser Situation holt es sich wieder einen seiner „Spezialkorrespondenten gegen die Christlichen“ zu Hilfe. Damit glaubt man in der Stuttgarter Rüsttrache zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Einerseits soll die Deffentlichkeit genasführt und von der Misere im roten Lager abgelenkt werden und andererseits hat man mit so einem Christenverächtigungsartikel der roten Masse wieder einen Knochen vorgeworfen, der sie einstreuen über die ihr von der „Metallarbeiterzeitung“ versprochene, aber nicht eingetroffene „neue Epoche“ hinweghülft.

Zimmerhin ist und bleibt es merkwürdig, daß sich die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ gleich drei „Spezialkorrespondenten“ zur Begeisterung der christlichen Gewerkschaften hält. Das ist um so auffallender, als sie für die Hirsch-Dunkerschen, die Gelben, die Wiesenthaler, die Solinger Lokalverbänder e tutti quanti nicht einmal einen einzigen „Spezialisten“ hat, und auch — abgesehen von einigen örtlichen Kabalgereien — über diese „feindlichen Stämme“ nichts berichtet. Das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes scheint also anzunehmen, daß die „altbewährte“ rote Taktik diese Rot- und Gelbführer von selbst dem roten Meerere wieder zuführen wird. Hinsichtlich der Christlichen hat es diese Hoffnung aufgegeben; zu ihrer Umgarnung reichen die alten Mittel nicht aus — darum die „Spezialkorrespondenten“! An und für sich ist das ja sehr schmeichelhaft für uns; beweist diese Tatsache doch besser wie alles andere, daß wir eine Interessenvertretung der Arbeiter sind und die Wurzeln unserer Kraft in der Arbeiterschaft liegen. Darum ist das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes schwer auf dem Holzwege, wenn es glaubt, diese Tatsache durch die Hanswurliaden seiner „Spezialisten“ aus der Welt wuscheln zu können. Das Geschreibsel dieser Leute kann uns nichts anhaben; der ganze Effekt des Schwindels ist schließlich nur eine weitere Verbitterung und Verhöhnung der armen betrogenen roten Masse. Denkende Menschen lassen sich von den Clownsprünge der Bz, K und Z nicht imponieren. Denn was dieses verlogene Dreigestirn über die christlichen Gewerkschaften zusammengeklöhl und durchhinanbergeleimt hat, ist auf den sozialdemokratischen Grundfiaz gestimmt:

„Wir Sozialdemokraten sind prinzipienfeste Leute — aber wir mögen wo wir mögen können.“

Und man weiß wirklich nicht, wenn dieses verlogene Zeug der letzten Jahre im Zusammenhang betrachtet wird, worüber man sich am meisten wundern soll: über die Urteilslosigkeit des Besepublikums der „Metallarbeiterzeitung“.

„... das sich jahraus, jahrein denselben Kohl servieren läßt, oder über die Naivität des Blattes, das sich solch „olle Kamellen“ für sein teures Geld aufhängen läßt.“

Der „Spezialkorrespondent“ K. erscheint in der „Metallarbeiterzeitung“ vom 6. April 1912 mit zwei Spalten auf dem Plan und zerbricht sich den Kopf über den christlichen Gewerkschaftsstreit. Dieser ist ihm natürlich zu hoch und darum kommt er in seinem gebäffigen Galimatias nicht zu einem sachlichen Schlufsergebnis, sondern zu einer Infamie, die ihresgleichen sucht. Das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes schreibt nämlich:

„Die „gesunden gelben Gedanken“ der Christen haben die Gewerkschaftsarbeit abgelöst. Solche „Gewerkschaften“ sind nicht gefährlich.“

Das ist eine komplette Gemeinheit, die um so drastischer in die Augen springt, wenn man bedenkt, daß dasselbe Blatt genau acht Tage früher feststellen mußte, daß beim

#### Streik auf den Schichauwerken

von den streikenden sozialdemokratischen Verbändlern 17 Prozent zu Streikbrechern wurden, von den Hirsch-Dunkerschen gar noch mehr, von den christlichen Gewerkschaftlern aber nur 3 vom Hundert sich vor dem offiziellen Abbruch des Kampfes in die Betriebe ziehen ließen. In Wirklichkeit liegen die Dinge aber für die Genossen noch viel trasser. Beim sozialdemokratischen Schmiebeverband wurden z. B. von Hundert im Kampfe stehenden Mitgliedern 42 zu Streikbrechern.

Was wollen diesen harten Tatsachen gegenüber die Injurien der „Spezialkorrespondenten“ der sozialdemokratischen „Metallarbeiterzeitung“ besagen! Ist aber die Schlussfolgerung des „Spezialisten“ so spielend leicht als erlogen zu kennzeichnen, dann ist selbstverständlich sein übriges Gezeifer ebenso einzuschätzen. Wie einem galopierenden Pferde die Nessel, so entfallen den Spezialkorrespondenten der sozialdemokratischen „Metallarbeiterzeitung“ hochtönende Worte und hohle Phrasen, deren Widerlegung sich nicht verlohnt. Damit ist deren Meinung über die christlichen Gewerkschaften genügend charakterisiert.

Damit nun diese „Spezialkorrespondenten“, ohne die das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes nicht auskommen kann, für die nächste Zeit Beschäftigung haben, mögen sie ihre „Geisteskräfte“ einmal anstrengen zu einer Dissertation über folgende Tatsachen. Der Einfachheit halber seien sie nebeneinandergestellt:

Im Urteil des Landgerichts Oberfeld im Prozeß des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes gegen den Solinger Industriearbeiterverband heißt es: „denn es sind Teufeleien, es ist Arbeiterverrat was da (vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband Red.) begangen worden ist.“

Der Bevollmächtigte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Schulz in Elbing erklärte beim Abbruch d. Kampfes auf den Schichauwerken: „das muß ich sagen, Kollegen, die christlichen Gewerkschaftler Standenwie eine Mauer.“

Wenn das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes dem Arbeiterinteresse einen Dienst erweisen will, dann gibt es zweckmäßigerweise seinen „Spezialkorrespondenten“ zu verstehen, daß sie folgende Ermahnung in Riesenlettern über ihrem Schreibtisch anbringen, die „Genosse“ Dr. Müdt auf dem Parteitage an die Sozialdemokraten richtete:

„Im Interesse unserer internationalen Bewegung muß ein Laster ausgerottet werden, das Laster der Verleumdung. (Sehr richtig!) Das ist der Krebsknoten der Partei. Die Welt kann nicht bewundern auf uns schauen, wenn wir selbst so kleinlich und elend sind, uns ins Angesicht zu schlagen und uns zu verleumben.“

Im übrigen aber tun die Sozialdemokraten gut, ihrer Wut über die Riesenblamage, die sie sich beim Streik der Ruhrbergleute holten, etwas vorsichtiger Ausdruck zu geben. Der christliche Bergarbeiterverband hat den unsinnigen Streik bezwungen nicht mitgemacht, weil er nach eingehender und gewissenhafter Prüfung der Situation zu dem Ergebnis kam, daß im gegenwärtigen Moment ein Streik nicht vorteilhaft, sondern schädigend für die Arbeiter sei. Dieser Beschluß wurde von der außerordentlichen Generalversammlung einstimmig gefaßt. Ist das nicht das gute Recht der christlichen Bergarbeiter? Freilich, kein Vernünftiger wird's bestreiten. Und die Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes handelt nicht anders. Es sei nur auf das Protokoll der Hamburger Generalversammlung dieses Verbandes verwiesen. Wenn es sein muß, dann würgt man im freien Lager den Streik einfach ab; Stettin, Mannheim und Bielefeld sind noch in frischer Erinnerung. Doch darüber dürfen sich die „Spezialkorrespondenten“ der Metallarbeiterzeitung nicht enttäuschen und auch nicht nach den Gründen forschen, sonst kämen die armen Schelme auf den Scheiterhaufen.

Wenn aber die christlichen Gewerkschaften es mit Recht ablehnen, dem sozialdemokratischen Karren Vorspann zu leisten, dann kommt diese traurige Genossenschaft her und fasselt von einem Verbot der Kirche. Höher geht die Schnobdrigkeit nimmer. Wenn der deutsche Metallarbeiterverband die Situation im Ruhrkohlenrevier objektiv nachprüfen wollte, würde er zu dem gleichen Ergebnis kommen, zu dem seine offizielle Zeitschrift für die Funktionäre „Der Zeitgeist“ kam bei der Nachprüfung der vertragenen Pforzheimer Edelmetallarbeiterbewegung. Damals schrieb „Der Zeitgeist“ von dem Kampfe in Pforzheim:

„Keine der als selbstverständlich bezeichneten Voraussetzungen war bei dem Kampf gegeben.“

Wenn die durch die Sozialdemokraten irreführten und für den internationalen Koller mißbrauchten Bergleute zur Besinnung kommen, dann werden sie zu demselben Ergebnis gelangen, wie jene sozialdemokratischen Verbändler in Pforzheim, die dem Verfasser des „Zeitgeist“-Artikels schrieben:

„... Hättest Du Dich, bevor Du Deinen Artikel geschrieben hast, bei vertrauten Kollegen näher erkundigt, wäre Deine Kritik noch ganz anders ausgefallen. Den Artikel zu lesen ist für diejenigen, welche zu einem objektiven Urteil fähig sind, ein Genuß...“

Wir möchten, wie gesagt, diese Leute darauf aufmerksam machen, etwas vorsichtiger zu sein und sie an eine Stelle aus dem Plaidoyer des Rechtsanwaltes Heinemann im Prozeß Deutscher Metallarbeiterverband contra Industriearbeiterverband erinnern. Rechtsanwalt Heinemann machte dort als Beauftragter und bevollmächtigter Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes folgende Ausführungen:

„Niemand kann auf Grund des geltenden Rechtes gezwungen werden, an einem Streik teilzunehmen... Nach § 152 der Gewerbeordnung steht es jedem frei, von Verabredungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zurückzutreten; § 153 stellt sogar derjenigen unter Strafe, der jemand zu zwingen sucht, an solchen Verabredungen sich zu beteiligen... nach dem geltenden Recht darf nicht der beleidigende Vorwurf des Verrats gegen jemand erhoben werden, weil er von solchen Verabredungen zurückgetreten ist.“

Also damals verbat es sich der Deutsche Metallarbeiterverband ganz entschieden, Arbeiterverrat begangen zu haben, und ließ durch seinen Verteidiger sogar alle juristischen Zwirnsfäden zusammenknüpfen. Geholfen hat's natürlich nicht, wie die weiter oben angeführte Stelle aus dem Urteil beweist. Nichtsdestoweniger ist es bezeichnend, wie empfindlich man für solche Wortwirre ist. Aber „was du nicht willst, das man dir tu“, das füg' auch keinem andern zu“. Hinzukommt, daß dem christlichen Bergarbeiterverband nicht vorgehalten werden kann, er sei zurückgetreten; von vornherein hielt er den Streik für aussichtslos, und er hat Recht behalten. Die Genossen aber handelten nach dem durch Franz Gemoll, dem Beamten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Essen, vertretenen Grundfiaz:

„Ein Streik, der vier Wochen dauert und verloren geht ist mir lieber wie ein Streik, der 14 Tage dauert und gewonnen wird.“

Diese Dinge sind ein dankbarer Stoff für die „Spezialisten“ der Metallarbeiterzeitung; dazu dürfen sie sich der schmutzigen Wäsche annehmen, die in Stuttgart, Leipzig, Berlin, Hamburg, Göttingen zc. haufenweise lagert. Ueber den Gewerkschaftsstreit brauchen sie sich den Kopf nicht zu zerbrechen, damit werden wir allein fertig. Unsere Kollegen aber beantworten das rote Gezeifer am besten dadurch, daß sie unermüdet an der Ausbreitung unseres Verbandes arbeiten.

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

Wer noch daran gezweifelt hat, daß wir im Zeichen einer Hochkonjunktur stehen, der wird durch die Neugründungen und Kapitalerhöhungen des 1. Vierteljahres eines besseren belehrt. Diese erreichten eine solche Höhe, daß die Jahre der Hochkonjunktur 1906 und 1907 weit übertroffen werden. Die Summe des neuinvestierten Kapitals, die aus leicht begreiflichen Gründen nur für Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung erfasst werden kann, beträgt 430 Millionen Mark. Die gewaltige Steigerung ist sofort erkennbar, wenn wir hören, daß die für die gleichen Zwecke erforderliche Summe im 4. Quartal 1911 nur 271 Millionen Mark und im 1. Quartal 1911 324,5 Mill. Mark betrug. Gegen das letztere haben wir also eine Steigerung von 106 Millionen Mark! Sehr stark an diesem Wachstum ist die Metall- und Maschinenindustrie beteiligt. Die Neuinvestitionen betragen hier allein 64 Millionen Mark, eine Summe, die nur durch die Entwicklung im Bankgewerbe übertroffen wird; im 4. Quartal 1911 stellte sich die entsprechende Summe auf 31 Mill. und im 1. auf 21,8 Mill. Mark. Gegen dieses haben wir

also eine Vermehrung um mehr als das Doppelte. Die Zahlen reden eine deutliche Sprache. Sie sagen uns, daß sich die Unternehmungen in der Luft ganz gewaltig gesteigert hat in Vertrauen auf die Entwicklung des Wirtschaftslebens. Sie sagen uns aber auch noch etwas anderes: Daß die beteiligten Kreise aus dem Verlauf der früheren Hochkonjunktur nichts gelernt haben. Die Steigerung der Produktion, die unbedingt mit den Neugründungen und teilweise auch Kapitalerhöhungen verbunden ist, kann in dieser Größe nicht dauernd sein; es muß eine Zeit kommen, wo der Markt seinen Bedarf gedeckt hat. Die gesteigerte Produktionsfähigkeit der Werke will aber nicht brach liegen, die Folge ist eine Überproduktion, ein stetes Unterbieten der Preise. Der ganze Erfolg gibt sich zum mindesten in einer „niedergelassenen Konjunktur“, wenn nicht in etwas schlimmerem. Die Arbeiterschaft aber sollte sich nun ernstlich diese Erfahrungen zunutze machen und durch Ausbreitung und Stärkung ihrer Organisation Vorseorge treffen, daß sie schließlich nicht wieder der allein Leidtragende Teil ist.

Die gewaltigen Anforderungen, welche die verschiedenen Industrien an den Geldmarkt stellen, sind natürlich nicht spurlos an ihm vorübergegangen. Die Geldknappheit, die nun schon seit längerer Zeit herrscht und durch den großen Geldbedarf beim Quartalswechsel noch verstärkt wurde, ist in erster Linie auf die gewaltigen Ansprüche der Industrie zurückzuführen.

Die Roheisenproduktion gilt wohl mit Recht als einer der besten Gradmesser für den Stand des Wirtschaftslebens. Das Jahr 1911 weist eine Erzeugung auf wie noch kein Jahr vorher. Sie betrug insgesamt 15 1/2 Millionen Tonnen. Bedeutet das Jahr 1911 ein Rekord der Roheisenproduktion in der Jahresproduktion, so der verfloßene Monat ein solcher in der Monatsproduktion. Fast 1 1/2 Millionen Tonnen Roheisen wurden im März produziert gegen durchschnittlich 1,3 Millionen T. in den 5 vorangegangenen Monaten. Die Produktion ist nicht weniger als 7,7% höher als im gleichen Monat des Vorjahres.

Die Berichte aus der Eisenindustrie lauten nach wie vor selten günstig — großer Absatz verbunden mit steigenden Preisen ist die allgemeine Signatur. Sogar in Oberschlesien Industrie, die gerade kein allzu günstiges Jahr hinter sich hat, hat eine lebhaftere Aufwärtsbewegung eingeleitet, die zum Teil allerdings noch recht vorsichtig beurteilt wird. Man glaubt, daß sie — angeregt durch eine momentan lebhaftere Bautätigkeit — bald wieder verschwinden werde; von einer Hochkonjunktur kann jedenfalls keine Rede sein. Die Zweifel am Fortbestand des Stahlwerksverbandes, die dadurch hervorgerufene Unsicherheit auf dem Markt, wirken noch recht hemmend auf den Absatz. Dabei kann aber nicht gefast werden, daß die Werke unzureichend beschäftigt wären — im Gegenteil! Die Roheisenproduktion ist auch in Oberschlesien gestiegen. Leider kann die Produktion ohne Neubauten nicht so gesteigert werden, daß die günstigen Absatzbedingungen nachzuliegen, voll ausgenutzt werden könnten. Auch die Walzwerke sind in Schlesien voll beschäftigt — ein Umstand ist dabei allerdings erwähnenswert, der in gewissem Umfange auch für die Industriegebiete außerhalb Schlesiens — Rheinland-Westfalen — gilt. Neue Aufträge gehen spärlicher ein, wenn die Werke voll beschäftigt sind, so haben sie das früheren Absatzes zu bedauern. Diese Tatsache bewirkt, daß die Werke vor den jetzigen hohen Preisen auch nicht allzuviel Vorteil haben.

Die Eisenerzgruben in dem genannten Industriegebiet gehen in ihrer Ergiebigkeit immer mehr zurück. Im Jahre 1911 wurden bei einer Gefördert von 1400 Arbeitern nur 150000 Tonnen Eisenerz gefördert. Der Vertrag mit den Siegerländer Bergwerken ist nicht dazu angetan, die künftige Förderung zu erhöhen. Ein anschauliches Bild von der ober-schlesischen Industrie gibt der ober-schlesische Berg- und Hüttenmännliche Verein. Darnach betrug die Zahl der Hochofenwerke im Jahre 1911 8 mit 36 Hochofen, von denen aber nur 30 im Betrieb waren. Die Erzeugung von Roheisen belief sich auf 963 382 T. (i. J. 1910: 901 368 T.) in Werken von 60,6 Mill. M. In der Eisen- und Stahlgießerei waren 24 Betriebe in Tätigkeit, die 80 992 T. produzierten; in der Fluß- und Schweiß-eisenerzeugung sowie im Walzwerksbetrieb waren 19 688 Arbeiter tätig.

Interessant ist, diesem Berichte den Handelsbericht von Elsaß-Lothringen gegenüberzustellen. Darnach waren 54 Eisenerzbergwerke vorhanden mit einer Eisenerzförderung von 17,8 Mill. T.; 11 Hochofenwerke mit 54 im Betrieb genommenen Hochofen erzeugten 2,9 Mill. T. Roheisen. Der größte Teil der geförderten Eisenerze, fast 9 Mill. T., fanden in Elsaß-Lothringen Verwendung, 2 1/2 Mill. gingen in das Saargebiet, 2,7 Mill. nach Rheinland-Westfalen, 2,2 Mill. nach Luxemburg, nach Frankreich 490 000 T. gegen 591 124 Tonnen im Vorjahr und nach Belgien 367 399 T.

Die Berichte vom Rheinisch-Westfälischen Eisenmarkt lauten ebenfalls günstig. Der Roheisenmarkt ist — wie ja schon aus der Roheisenproduktion hervorgeht — sehr fest. Die englische Streikbewegung war für ihn vorteilhaft, da durch sie die Konkurrenz der englischen Unternehmungen, die ja durchweg ihren Betrieb aus Mangel an Kohlen einstellen mußten, ausgeschaltet wurde. An der günstigen Lage des Halbzugsmarktes hat sich nichts geändert. Das Trägergeschäft weist erhöhte Lebhaftigkeit auf. Allerdings ist der Aufschwung nicht in dem erwarteten Umfange eingetreten. Der Grund liegt in der verhältnismäßigen Nähe, die in der Vantätigkeit herrscht, was bei den gewohnten Verhältnissen auf dem Geldmarkt nicht wundernehmen kann. Günstiger als beim letzten Bericht liegt der Stabeisenmarkt — es sind wieder mehr Aufträge eingegangen. Unter diesem Eindruck haben sich die Verkaufspreise für das 3. Quartal 1912 weiter befestigt.

Auf dem Röhrenmarke hat die durch die Funktionen der Mannesmannröhrenwerke gewordene Klärung außerordentlich günstig gewirkt. Was bisher mit Mannesmann vergeblich erstrebt wurde, ist nun ohne und gegen ihn geworden. Der Röhrenmarkt liegt bekanntlich seit Aufschwung des Röhrenhandels schwer darnieder. Die Produktionsziffern waren ja sehr groß, der Absatz ebenso flott, die Preise aber durchaus ungenügend. Bestrebungen durch Preisverabredungen der produzierenden Werke, das Preisniveau zu heben, scheiterten an dem Widerstand der Mannesmannröhrenwerke. Nunmehr haben sich die Werke ohne die erwähnte Firma zusammengesetzt und einen Preis für Gasröhren festgesetzt, der eine Erhöhung von 5 M. pro Tonne vorstelt. Die Preisverabredung geschieht durch entsprechende Verminderung der Rabatte um 1/2%. Auch für Siederöhre soll eine Preisverabredung getroffen werden. Wenn auch diese Verabredungen keinen besonderen Charakter haben — Strafen für Übertretungen wurden nicht vorgesehen — so darf ihre Bedeutung nicht verkannt werden. Was darf wohl mit Recht annehmen, daß wir hiermit

die erste Tat einer neuen Verbindung — sei es einer Preisverabredung oder eines weitgehendenden Kartells — vor uns haben. Wenn eine solche nominell nicht besteht, so liegt das u. E. nur an der zweifelhaften Erneuerung des Stahlwerksverbandes. Man will erst noch die Ergebnisse der schwebenden Verhandlungen abwarten, um dann entsprechend diesen seine Beschlüsse zu fassen. An der erwähnten Preisverabredung nahmen sämtliche Röhrenwerke — auch die Oberschlesien — mit der einen Ausnahme teil. Die Lage auf dem Röhrenmarke fand eine sehr günstige Beurteilung.

Nach den Verlautbarungen zu schließen, ist man im Stahlwerksverband zu einem greifbaren Resultat noch nicht gekommen. Doch hat es den Anschein, als ob die zuständigen Stellen an seiner Erneuerung nicht mehr zweifeln — was bei dem Vorteil, den der Verband seinen Mitgliedern gebracht hat, sehr begreiflich erscheint. Allerdings tauchen immer wieder neue Streitfragen auf. Eine davon ist der Anspruch der Halbzugverbraucher, das von den Werken der Interessengemeinschaft bezogene Halbzeug als Eigenproduktion zu rechnen. Die praktische Folge dieses Verlangens ist natürlich eine größere Produktion an Halbzeug, da das selbstverbrauchte nicht auf das Kontingent angerechnet wird.

Eine sehr interessante Erscheinung, die allerdings nur das Ergebnis einer ganz konsequenten Entwicklung ist, zeigt sich in der Elektrizitätsindustrie. Von den drei großen selbständigen Konzernen hat nun auch die Bergmann u. C. ihre Selbständigkeit eingebüßt. Wie das im Einzelnen geschehen ist — Gründe und Folgen dieser Tatsache — soll der Gegenstand eines besonderen Artikels sein. — Der ausländische Markt in unserer Industrie, besonders der Amerikas, zeigte durchweg einen lebhaften Aufschwung.

### Verstärkten gesetzlichen Schutz für die Zinkhüttenarbeiter

hat unser christlicher Metallarbeiterverband wiederholt gefordert. Im Sinne dieser Forderung machte jüngst Herr Reichstagsabgeordneter Raden-Raden im Reichstage bei Beratung des Etats des Reichsamts des Innern (Gesundheitsamt) einen energischen Vorstoß. Im Sinne der wiederholten Petitionen unseres Verbandes war von den Abgeordneten Dr. Schaeckler und Genossen folgende Resolution eingebracht worden: „Der Reichstag wolle beschließen:

den Herrn Reichstagskanzler zu ersuchen, die Verordnung auf Grund des § 105d der Gewerbeordnung tunlichst bald einer Revision zu unterziehen, daß die volle Arbeitsruhe an den Weihnachts-, Oker- und Pfingstfesttagen in den Metall-, Hütten- und Walzwerken gesichert wird.“

Zur Begründung dieser Resolution führte der Herr Reichstagsabgeordnete Raden u. a. nach dem amtlichen Stenogramm folgendes aus: Es handelt sich bei dieser Angelegenheit vornehmlich um die Zinkhüttenarbeiter, in deren hygienischem und sanitärem Interesse unsere Fraktion geglaubt hat, diese Resolution vorlegen zu sollen. Die Zinkhüttenarbeiter wünschen mit Recht, daß die Zinkschmelzer an den drei höchsten christlichen Festen im Jahre arbeitsfrei sind, daß also zu Weihnachten, Oker und Pfingsten an den Reduktionsöfen die Arbeit vollständig ruht. Das ganze Jahr hindurch müssen diese Zinkhüttenarbeiter, speziell die Zinkschmelzer, ihre Schichten verfahren, gleichviel ob es Sonntag, Feiertag oder Werktag ist. Noch am ersten Weihnachtstage 1911 z. B. haben die Arbeiter auf der Zinkhütte Münsterbusch arbeiten müssen. Die Zinkhüttenarbeiter stellen diese Forderung in ihrem eigenen Gesundheitsinteresse mit vollem Recht, denn diese Forderung ist durchaus begründet. Sie beschäftigt auch nicht zum erstenmal den Reichstag. Bereits am 13. März 1905 habe ich die Ehre gehabt, von dieser Stelle aus diese Forderung vorzutragen. Es hat dann der damalige Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Herr Graf Pobjedonosty, am 3. Februar 1906 hier im Hause bei Gelegenheit der Beratung seines Etats aus eigener Initiative folgendes ausgeführt, nachdem er vorher betont hatte, daß ich im Jahre vorher diese Anregung bezüglich der Zinkhüttenarbeiter gegeben habe:

„Bei der in Angriff genommenen allgemeinen Revision der hinsichtlich vom Bundesrat zugelassenen Ausnahmen wird auch diese Anregung eine eingehende Prüfung erfahren.“

Auch sind wiederholt Petitionen seitens des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes in der gleichen Richtung, in der sich unsere Resolution bewegt, an den Reichstag gerichtet worden. Die letzte in dieser Beziehung vorgelegte Petition ist am 1. Mai 1907 in der Petitionskommission des Reichstages verhandelt und durch einstimmigen Beschluß dem Herrn Reichstagskanzler zur Berücksichtigung überwiesen worden. Mit Recht führten in dieser Petition die Antragsteller aus, daß sie die feste Hoffnung hegten, daß der Reichstag die berechtigten Forderungen der Zinkhüttenarbeiter erfüllen werde, damit diesen einmal ermöglicht werde, an den höchsten Feiertagen sich als Christen und Menschen zu fühlen. Meine Herren, ich sage: mit Recht haben die Zinkhüttenarbeiter das ausgeführt; denn es gibt tatsächlich keine Arbeitergruppe in Deutschland, welche so wenig über freie Tage verfügt wie gerade diese Zinkhüttenarbeiter. Ich brauche wohl nicht des näheren auszuführen, aus welche Gründen die Sonntagsruhe wenigstens an den drei höchsten christlichen Festen, also an 6 Tagen des Jahres, für die Zinkhüttenarbeiter gefordert wird. Schon die Rücksichtnahme auf die Gesundheit der Arbeiter erfordert gebieterisch diese Ruhe. Es bedarf wohl auch nicht des Hinweises darauf, daß diese Arbeiter ständig bei einer hohen Temperatur von 30 bis 35 Grad an den Öfen arbeiten müssen. Ich brauche wohl auch ferner nicht darauf hinzuweisen, daß diese Leute gezwungen sind, stets gesundheitschädliche Dämpfe einzuatmen. Ich will nur betonen, daß diese unausgesetzte schwere und abtumpfende Arbeit in den Zinkhütten schädigend auf die Gesundheit der Arbeiter einwirken muß. Alles das sind Umstände, die zur Folge haben, daß notorisch die Zinkhüttenarbeiter durchweg mit 50 Jahren invalide sind, oder dann doch nur noch in der Lage sind, leichte und wenig lohnende Arbeit zu verrichten.

In dieser Beziehung finden wir in den Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamts, Band 17, eine Aufzählung, die bezeichnend ist, in der ruhmweg angegeben wird: „Das Endergebnis (für Zinkhüttenarbeiter) ist ein vorzeitiges Alter, welches den Arbeitern etwa schon im 40. Lebensjahre die Arbeit erschwert.“ Das sagt das Reichsgesundheitsamt selbst. Meine Herren, diese Erwägungen rechtfertigen wahrhaftig vom sanitären Standpunkte aus die Forderung der Zinkhüttenarbeiter nach einigen freien, nach einigen wenigen Ruhetagen im Jahre. Aber auch vom sozialen, ethischen und religiösen Standpunkte aus muß diese Forderung befürwortet werden. Ich will auf diese Gesichtspunkte in diesem Augenblick, bei Beratung des Etats des Gesundheitsamtes, nicht näher eingehen. Es genügt,

darauf hingewiesen zu haben, daß diese stabile Sonntagsarbeit in geistiger, sittlicher und religiöser Hinsicht diese Zinkhüttenarbeiter immer mehr abtumpfen muß.

Nun weiß ich zwar, daß von den Herren Werksbestyrern diesen Bestrebungen der Arbeiter besonders zwei Argumente entgegen gehalten werden. Einmal führt man dagegen an, daß es technisch nicht angängig sei, die Öfen so lange stehen zu lassen. Dann sagt man zweitens, die Industrie könne den auf diese Weise entfallenden Produktionsausfall nicht ertragen. Darauf ist aber zu erwidern, daß diese Forderung praktisch wohl durchführbar ist. Es ist nicht richtig, daß das Abkühlen der Öfen technisch nicht durchführbar sei oder gar den Ruin der Öfen bedeute. Nach dem heutigen Stande der Technik ist es möglich, die Öfen ohne erheblichen Schaden eine Weile stillstehen zu lassen. Das beweist einfach die Erfahrung. Noch Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre hat der Betrieb auf einer Zinkhütte des hiesigen Bezirkes mehrere Tage lang um die Weihnachtszeit gerast. Im Jahre 1903 sind die Öfen der Zinkhütte Münsterbusch zwecks Reparatur ausgedient worden, und im Verlauf einer Woche waren sie wieder volllauf betriebsfähig. Ein weiterer Beweis für die Durchführbarkeit dieser von den Zinkhüttenarbeitern aufgestellten und in unserer Resolution niedergelegten Forderung ist im Herbst 1904 anlässlich des Streiks auf der Zinkhütte Münsterbusch erbracht worden. Damals haben volle zwei Wochen die Zinköfen stille gelegen, ohne bedeutenden Schaden genommen zu haben; und gelegentlich eines Reparatur im Jahre 1910 haben diese Öfen in geladenen Zustande 48 Stunden bagestanden. Ich könnte Ihnen noch mehrere andere Vorkommnisse vor Augen führen, wo dieselbe Beobachtung gemacht worden ist.

Auch der zweite Einwand ist nicht stichhaltig, der Einwand, die Industrie könne den Produktionsausfall nicht ertragen. Dieser Einwand läßt sich meines Erachtens nicht aufrecht erhalten. Wenn die angestrebte Bestimmung durch den Bundesrat erlassen würde, so müßten die Öfen dreimal im Jahre an zwei Tagen ruhen. Es fiele also 6 Produktionsstage aus. Infolge dieser 48stündigen Ruhezeit der Öfen würde bei einer Hütte, die 29 bis 30 Tonnen Produktion pro Tag hat, im einzelnen Falle höchstens 36 000 Kilogramm weniger produziert werden. Außer dem Produktionsausfall käme meines Erachtens an den 6 Tagen im Jahr dann nur noch der vergeblich verbrauchte, also unrentable Kohlenverbrauch in Betracht. Hierbei ist aber in Berücksichtigung zu ziehen, daß an solchen Tagen keine prima Kohlen verbräut zu werden brauchen, wie das bei normaler Arbeit nötig ist; sondern daß mit ganz billiger Kohle die Temperatur in den Öfen an diesen Tagen aufrecht erhalten werden kann. Bei einer Zinkhütte mit einer Produktion, wie ich sie eben angegeben habe, würde die angestrebte Sonntagsruhe an unnützem Kohlenverbrauch für 2 Feiertage 4 Doppelwaggons Kohlen erfordern. Im Jahre kämen also 12 Doppelwaggons Kohlen in Frage. Aus diesen Ausführungen erhellt, daß es nicht angängig ist, einer solchen Forderung entgegenzuhalten, durch Einführung dieser von den Arbeitern gewünschten Sonntagsruhe werde die in Frage stehende Industrie schwer geschädigt oder gar dem Auslande gegenüber konkurrenzunfähig gemacht.

Gegenüber aber einer nur geringfügigen Schädigung darf man meines Erachtens nicht außer acht lassen, was denn auf der andern Seite für ein Gewinn entsteht: das ist die Ausheilung solcher Ruhe entzündende Wohltat für die Arbeiter. Hier ließe sich auch noch die Frage aufwerfen: was gereicht dem Reichwohl mehr zum Nachteile, die geringe Verminderung der Produktion, die übrigens durch Erweiterung von Anlagen und durch Mehrinstellung von Arbeitern weit gemacht werden kann, oder aber die Verringerung der Volksgesundheit und der Volkskraft? — Wenn das Interesse von hunderten von Arbeitern etwas erscheint, dann sollte doch wahrlich nicht der Kostenpunkt für eine Erweiterungsanlage oder für eine Mehrinstellung von Arbeitern ausschlaggebend sein.

Schließlich will ich bezüglich der hier in Frage stehenden Angelegenheit noch auf England verweisen. In England ist der Beweis dafür erbracht worden, daß ohne wesentliche Schädigung der betreffenden Werke die Sonntagsruhe in den Zinkhütten durchgeführt werden kann. In England ist es etwas ganz Selbstverständliches, daß der Zinkhüttenbetrieb an den Sonntagen und Feiertagen ruht. Daraus ergeben Sie, daß durch unsere Forderung nicht etwas unmögliches begehrt wird. Sie sehen daraus, daß es sogar möglich ist, aber das in unserer Resolution niedergelegte Verlangen noch weiter hinauszugehen. Man könnte in diesem Augenblicke meines Erachtens schon fordern, daß an allen Sonn- und Feiertagen in den Zinkhütten völlige Sonntagsruhe Platz greife. So weit gehen wir zurzeit nicht, obgleich es wohl außer Zweifel steht, daß die Zeit recht nahe ist, wo man auch diese Forderung bringen kann. Einen weiteren Beweis dafür, daß es möglich ist, diese Öfen ohne Schädigung einige Zeit ruhen zu lassen, erbringen auch unsere Bleihütten. In den Bleihütten bei uns in Deutschland ist die Sonntagsruhe an den höchsten christlichen Festen durchgeführt, und freiwilligweise wird von Seiten der Bleihütten auch meistens an den übrigen Sonn- und Feiertagen gefeiert. Aus diesen Darlegungen mögen Sie erkennen, daß wir in der vorliegenden Resolution einen durchaus berechtigten, wohlbegründeten und gewiß nicht unbefriedigenden Wunsch der Zinkhüttenarbeiter Ihnen und dem Bundesrat unterbreiten. Ich bitte Sie daher, dieser Resolution zuzustimmen, und ich knüpfe daran die Erwartung, daß nunmehr der Bundesrat sich diesem Wunsche freundlich gegenüberstellen möge; denn meines Erachtens hat auch der Bundesrat wahrlich ein Interesse daran, daß eine gesunde, geistig und sittlich hochstehende christlich denkende Arbeiterschaft in Deutschland erhalten bleibt. Das liegt nicht nur im Interesse der Industrie selbst, sondern auch im Interesse des Reiches und des Staates.

Auf diese Ausführungen des Herrn Abg. Raden antwortete der Direktor im Reichsamte des Innern, Dr. Caspar, daß nach den wissenschaftlichen Untersuchungen des Gewerberats Franz in Döbeln die bisherige Zinkhüttenordnung schon vorteilhaft für die Arbeiter gewirkt habe. „Gleichwohl beschäftigt der Bundesrat, nicht bei der bisherigen Verordnung stehen zu bleiben, sondern es sind bereits Verhandlungen eingeleitet worden, um sie im Sinne eines verstärkten Arbeiterschutzes zu revidieren; im Laufe des Sommers werden Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter Zuziehung geeigneter Sachverständiger gehört werden, und es wird dann auf Grund der Erhebungen eine neue Vorlage an den Bundesrat gemacht werden.“

Für die Zinkhüttenarbeiter ist also jetzt die Zeit angebrochen, wo sie handeln müssen. Ihre Wünsche im Sinne eines verstärkten gesetzlichen Schutzes werden sie nur dann mit Nachdruck vertreten können, wenn sie einig und geistlos in ihrer Organisation, im christl. Metallarbeiterverband, dasitzen.

## Zur Generalversammlung.

Mit den nachstehenden Zuschriften aus den Kreisen unserer Mitglieder eröffnen wir die Diskussion zu unserer diesjährigen Generalversammlung. Wie ersehen unsere Verbandskollegen, sind recht zahlreich an der öffentlichen Aussprache an dieser Stelle zu beteiligen. Die in den nachstehenden Zuschriften angelegenen, wie die übrigen wichtigen Fragen, die den bevorstehenden Verbandstag beschäftigen werden, bedürfen einer gründlichen Erörterung, damit die Ansichten der Mitglieder zum Ausdruck kommen. Gerade durch den Austausch der Erfahrungen der einzelnen Kollegen werden die Anschauungen über die verschiedenen Fragen und Aufgaben geklärt und die Generalversammlung wird dann um so leichter das Richtige treffen können.

Die Nummer 12 unseres Verbandsorgans bringt die Einberufung der 7. Generalversammlung unseres Verbandes. Mit der Zeit ändern sich die Verhältnisse. Darum wird auch die kommende Generalversammlung zu prüfen haben, ob die in unserem Verbandsstatut festgelegten Einrichtungen den Zeitverhältnissen noch entsprechen. Änderungen grundsätzlicher Art sind m. E. nicht erforderlich, jedoch wird den Fragen: Wie haben die Stabsbeiträge gewirkt? und: Stehen unsere Beiträge noch im richtigen Verhältnis zu unserem Unterstützungswecken? ernste Aufmerksamkeit zu widmen sein.

Die Befreiung der Stabsbeiträge halte ich nicht für notwendig. Die früher dagegen geltend gemachten Bestürzungen bezgl. Mehrarbeit, Schwirrigkeiten in der Verwaltungssparte etc. dürfen als überwunden betrachtet werden. Eine andere Frage ist allerdings, ob die 90 Pfg.-Klasse die Erwartungen erfüllt hat, die wir in sie setzen zu können glaubten. Von der 40 Pfg.-Klasse, die ja nur für Wirtschaftsgelöhnte mit geringer Lohnunterstützung gedacht war, will ich weniger den zu geringen Erfolg bemängeln, sondern nur darauf hinweisen, daß sich hier gezeigt hat, daß mit niedrigen Beiträgen und dementsprechenden Ueberschüssen kein großer Mittelsberneinn zu erzielen ist. Anders ist es mit der 90 Pfg.-Klasse; die hier gewährten Vorteile, wie Zahlung der Erwerbslosunterstützung nach dem dritten Tage, höhere Streikunterstützung etc., hätten uns eigentlich mehr Mitglieder dieser Klasse zuführen müssen. Meiner Ansicht nach stehen in dieser Klasse auch Beitrag und Unterstützungsätze in einem etwas ungelunden Verhältnis zueinander. Rechnet man für die Krankennunterstützung, wie es bei den Krankengeldzuschüssen geschieht, einen Durchschnittsbeitrag von 50 Pfg. wöchentlich, so verbleiben der Zentralkasse nach Abzug der 9 Pfg. für die Lokalkasse noch 21 Pfg. pro Woche. Ob mit diesen 21 Pfg. die übrigen Unterstützungen und sonstigen Leistungen des Verbandes gedeckt werden können, muß ernstlich geprüft werden. Ich würde für die 90 Pfg.-Klasse eher einer Erhöhung der Streik- und Arbeitslosunterstützung bis auf die Höhe der 60 Pfg.-Klasse das Wort reden, als einer Erhöhung des Beitrages; falls das aber nicht möglich ist, muß hier ebenfalls eine Beitragserhöhung eintreten.

Unsere Aufgabe muß es in Zukunft sein, mehr Agitation für die 90 Pfg.- resp. 1 Mark-Klasse zu entfalten. Mit dem Lokalaufschlag von 10 Pfg. ist in dieser Klasse jetzt schon der Betrag von 1 Mark wöchentlich zu zahlen. Es ist dies ein beachtlicher Beitrag — und 1 M. pro Woche muß auch jeder besser bezahlte Kollege für seine Interessen aufbringen können.

Nach den Erfahrungen des letzten Jahres, in welchem unsere Mehraufgaben für Streik- und Krankennunterstützung um bereits 120 000 Mark gestiegen sind, muß es weiter jedem Kollegen einleuchten, daß eine generelle Erhöhung der Verbandsbeiträge um 10 Pfg. pro Woche eintreten muß. Heute erhält ein großer Teil der Mitglieder der 60 Pfg.-Klasse 8 und 9 Mark Krankennunterstützung. Für eine derartige Unterstützung, die ja auf 10 Mark steigt, werden in den meisten Krankengeldzuschüssen wöchentlich 36—40 Pfg., ja bis zu 50 Pfg. Beitrag gezahlt. Wegen wir diesen Beitrag auch für unsere Krankennunterstützung zu Grunde, so sehen wir daß der Zentralkasse, die ja von den 60 Pfg. nur 51 Pfg. erhält, für die übrigen Leistungen nur sehr wenig übrig bleibt. Würde in unserem Verband nicht die größte Sparbarkeit gelbt, wir hätten im Jahre 1911 mit keinem Ueberschuss, sondern mit einer Unterbilanz abgeschlossen. Bedenklich muß es jeden Kollegen stimmen, daß das Vermögen des Verbandes nicht der Mitgliedsbeitrag entsprechend gestiegen ist, sondern daß sich die auf den Kopf des Mitgliedes umgerechnete Summe von 36 M. im Jahre 1909 auf 26,45 Mark im Jahre 1911 verminderte. Es müssen also zur Erhöhung unseres Kampffonds Einnahmequellen erschlossen werden und das wird sich nur ermöglichen lassen durch eine Beitragserhöhung von 10 Pfg. pro Woche.

Nachdem der sozialdemokratische Metallarbeiterverband einen Einheitsbeitrag von 70 Pfg. — mit Lokalaufschlag also von 80 Pfg. und mehr — erhebt, bei fast gleichen Unterstützungen wie in unserem Verband, können wir bei 60 Pfg. nicht stehen bleiben. Das ist so selbstverständlich, daß darüber in unserem Verbande hoffentlich keine Meinungsverschiedenheit besteht. Denn im anderen Falle würden wir mit unserer finanziellen Stärke gemächlich ins Hintertreffen geraten. War es dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband doch schon im letzten Jahre möglich, auf Grund der erhöhten Beiträge eine Mehreinnahme von rund 8 Millionen Mark zu erzielen.

Ob eine andere Staffellung des Unterstützungsweckens in den einzelnen Klassen eintreten kann, darüber erlaube ich mir vorläufig kein Urteil. Es müßte vorerst mehr statistisches Material über die Rentabilität der einzelnen Klassen vorliegen. Große Änderungen werden wohl in diesem Punkte nicht vorgenommen werden können. Eine Aussprache im Verbandsorgan über meine Ansicht wäre sehr erwünscht. Nach einem gründlichen Meinungsaustausch, werden unsere Delegierten dann auf der Generalversammlung hoffentlich das Richtige treffen. F. S. Nachen.

Nach Durchsicht unserer Jahresabrechnung für 1911 kann ich die Anregung auf Erhöhung unseres Kampffonds nur unterstützen. Unser Vermögen ist in den letzten zwei Jahren zusammen nur um 255 000 Mark gestiegen, steht also durchaus nicht im rechten Verhältnis zu der starken Erhöhung unseres Mitgliederbestandes. Wenn es selbstverständlich der Wille unserer Verbandskollegen ist, daß wir an unserem Verbande einen starken Rückhalt haben und daß wir seinen Einfluß in der Öffentlichkeit erhalten, so muß es ebenso selbstverständlich sein, daß wir die hierzu notwendigen Opfer bringen. Jeder Kollege, der offenen Auges die Vorgänge in der Arbeiterbewegung und die Rüstungen der Arbeitgeberorganisationen, zumal in der Metallindustrie, überblickt, wird sich darüber im Klaren sein, daß wir unsere Hauptkassse stärken müssen. Das würde am einfachsten durch eine generelle Erhöhung unserer Verbandsbeiträge um 10 Pfg. pro Woche geschehen, natürlich ohne wieder weitergehende Ansprüche an unsere Hauptkassse zu stellen, die schließlich das eigentliche Ziel der Maßnahme wieder

vereiteln würden. Im übrigen ist auch heute unser Unterstützungswecken soweit ausgebaut, daß es allen berechtigten Ansprüchen vollstätt genügt. Erwägenwert wäre vielleicht nur noch die Einführung einer kleinen Militärunterstützung, wie sie schon in einigen unserer Bruderverbände besteht. Sie würde einerseits die Hauptkassse nicht allzu sehr belasten und andererseits der Kommer zwischen Verband und Mitglied während der Militärdienstjahre besser aufrecht erhalten. Die letzte Karte der Unterstützung erhielt der junge „Mejerwitz“ bei der Meldung beim Ortsvorstand nach seinem Abgange. Diese Unterstützung dürfte natürlich nur solchen Mitgliedern gewährt werden, die mindestens 1 oder 2 Jahre vor ihrer Militärdienstzeit Mitglied des Verbandes gewesen sind, alle Verpflichtungen erfüllt haben und sich beim Abgange gleich wieder zur Mitgliedschaft anmelden.

Es ist unsere Hauptaufgabe, darauf zu drängen, daß der Anschluß an den Verband möglichst fröhlich erfolgt. Aus diesem Grunde und im Interesse der notwendigen Entlastung unserer Kassse zum Besten des gewerkschaftlichen Kampffonds wäre ferner zu erwägen, bei den Kollegen, die erst nach dem 50. Lebensjahre — wo sie keine Hilfskasse mehr annehmen — in den Verband eintreten, keine Steigerung der Unterstützungsätze — zumal bei der Erwerbslosunterstützung — einzutreten zu lassen. Ein Umruch an diesen Kollegen wäre das m. E. nicht; denn die Gewerkschaftsfrage ist heute keine Frage mehr, die im Keller besprochen wird. Jedem Metallarbeiter ist heute Gelegenheit geboten, sich mit dem notwendigen Mittel zu seiner Interessenvertretung beigeiten vertraut zu machen. Und schließlich ist die Gewerkschaft auch keine Versicherungsanstalt, die die von anderen Klassen abgeleiteten Risiken aus lauter Gütmütigkeit zu übernehmen hätte. Das Interesse unserer Bewegung, das Interesse unserer Metallarbeiterkassse erfordert es, daß Leistung und Gegenleistung in ein gesundes Verhältnis zu einander gebracht werden — und wir sollten in diesem Punkte nicht so sehr auf das „gute Herz“ als vielmehr auf die Stimme der Vernunft hören. Das Unterstützungswecken darf uns niemals Selbstzweck werden, sondern es muß Mittel zum Zweck der Schaffung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen bleiben.

Noch ein weiterer Punkt wäre im Interesse unserer Sache ernstlich zu erwägen. Wir müssen, es ist Pflicht des Gewerkschaftlers, die Versammlungen zu besuchen, in der Agitation mitzuarbeiten etc., aber diejenigen, die gerade diese Pflichten gegenüber dem Verband nicht erfüllen, stellen ihrerseits vielfach die größten Ansprüche an die Leistungen des Verbandes, verlangen gar nicht selten, daß ihre Wege noch über die durch das Statut gezogenen Schranken hinausgegangen wird. Es ist ja schon mancherorts unangenehm empfunden worden, daß gerade diejenigen Mitglieder die Einrichtungen des Verbandes nach Kräften zu ihrem Vorteil ausnützen, die nie eine Versammlung besuchen, nie eine Aufnahme machen. Da fehlt es offenbar noch sehr an gewerkschaftlichem Geiste und es müssen Mittel gefunden werden, diesen Strömung zu vertreiben. Es müßte also die systematische und beharrliche Verknüpfung der Pflichten mit einem entsprechenden Verluste an Rechten geahndet werden. Vielleicht machen andere Kollegen brauchbare Vorschläge zu diesem wichtigen Punkte. Wir alle wollen, daß es vorwärts geht; sprechen wir uns also darüber aus, welcher Weg uns vorwärts bringt.

S. M., Essen.

## Konventionalstrafen und § 152 der G.-D.

Bereits in der Nummer 52 (1911) haben wir darauf hingewiesen, daß in Augsburg die Schlossermeister gegen ein Mitglied ihrer „Freien Vereinigung“ Klage erhoben hatten, weil es während des Bauhofslosterstreiks, trotz der auch von ihm unterzeichneten, entgegenstehenden Abmachungen der Arbeitgeber, mit den Arbeiterorganisationen einen Tarif abgeschlossen hatte. Das Landgericht hatte die Klage kostenföällig abgewiesen. Damit waren nun aber die Herren Schlossermeister nicht zufrieden und sie versuchten ihr Glück am Oberlandesgericht. Doch auch hier wurden sie kostenföällig abgewiesen.

Das Endurteil führt, nach der „Neuen Augsburger Zeitung“, in seinen Gründen aus, daß der die volle Koalitionsfreiheit zusichernde Paragraph 152 der Reichs-Gewerbeordnung in Abs. 2 bestimme, daß jedem Teilnehmer der Rücktritt von derartigen Verabredungen und Vereinigungen freisteht und daß aus dem Rücktritt weder Klage noch Einrede stattfindet. Solche Verabredungen sind somit zwar nicht nichtig, doch bleibt ihnen der staatliche Schutz vorenthalten, sie sind zivilrechtlich unverbindlich, es kann auf Erfüllung solcher Verabredung, insbesondere auf Zahlung einer vereinbarten Konventionalstrafe nicht geklagt werden. Die Frage, ob Paragraph 152 der R.-G.-D. auf den vorliegenden Fall Anwendung finden müsse, wurde vom Gericht bejaht, denn die zur Abwehr der gegnerischen Lohnbewegung unter den Meistern geschaffene Vereinigung war eine Schutz- und Kampfvereinigung, die während der Dauer der Lohnbewegung der Gehilfen Bestand haben sollte. Gerade das Verbot der Annahme des Tarifvertragsentwurfs bildete die wesentliche Kampfmaßregel, durch die ein Druck auf die Arbeitnehmer ausgeübt werden sollte, sich den für die Arbeitgeber günstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu fügen.

Durch seine Unterhandlung mit den organisierten Arbeitern und durch die Annahme des Tarifvertrages war der Beklagte stillschweigend aus der Vereinigung der Meister ausgetreten. Die Verabredung einer Vertragsstrafe entbehrte nach Paragraph 152 Abs. 2, da aus der Verabredung keine Klage stattfinden darf, der rechtlichen Wirksamkeit. Gegenüber einer gegenteiligen Meinung des klägerischen Vertreters machte der Vertreter des Beklagten geltend, daß das Reichsgericht schon in einer Vereinigung, die das Fortbestehen der bisherigen oder die Erreichung selbst tatsächlich ungünstigerer, aber subjektiv als günstiger angesehenen Lohn- und Arbeitsbedingungen anstrebe, den Begriff einer unter den Paragraphen 152 fallenden Vereinigung gegeben finde. Der Vertrag sei zudem auch von den vertragsschließenden Meistern nicht als ernst angesehen worden, er habe nur ein die Geschlossenheit der Meister nach außen hin, insbesondere den streikenden Gehilfen gegenüber, dokumentierendes Kampfmittel darstellen sollen. Im übrigen sei der Vertrag auch nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ungültig, weil er die

Ausführung der Notlage eines anderen darstellt. Beklagter habe sich über die Vereinbarung vom 14. Juli nicht leichtem Herzens hinweggesetzt, sondern sei von seinen Auftraggebern gebrängt worden, schon vermietete 31 Wohnungen fertigzustellen, während er andererseits von der sehr mühsig arbeitenden Lokalkommission keine baldige Erledigung der Differenzen habe erwarten können. Das Oberlandesgericht wies nun die Berufung der Schlossermeister kostenföällig zurück.

Hoffentlich werden die Herren Schlossermeister sich nun in das Unvermeidliche schicken und einsehen, daß es doch besser ist, rechtzeitig mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln, als ihre eigene Organisation einer unruhigen und gefährlichen Belastungsprobe auszusetzen.

## Die Eisen- und Maschinenindustrie Englands im Jahre 1911.

Die Eisenindustrie Englands weist im Jahre 1911 eine besondere Belebung nicht auf; im Gegenteil: man nimmt an, daß die Roheisenproduktion gegen die früheren Jahre einen, wenn auch kleinen Rückgang erfahren hat. Sie betrug im Jahre 1908 9 056 151 Tons, 1909 9 531 987 Tons, 1910 10 216 741 Tons. Die Produktion des Jahres 1911 bleibt wahrscheinlich unter 10 Millionen Tons. In Deutschland betrug die Roheisenproduktion im Jahre 1908 11 805 000 Tons, 1909 12 645 000 Tons, 1910 14 794 000 Tons. Wenn in England die Produktion zurückging, so liegt das an der schon seit längerer Zeit bestehenden Uebersproduktion. Die Preise waren infolgedessen besonders im ersten Halbjahre unbefriedigend, im zweiten konnten sie sich wieder beseitigen, erreichten aber die ursprüngliche Höhe nicht wieder.

Die Menge der in England geförderten Eisenerze betrug 1908 14 980 000 Tons, 1910 15 226 000 Tons. Deutschlands Förderung stellte sich in den gleichen Jahren auf 25 500 000 und 28 700 000 Tons; beträgt also fast das Doppelte wie in England. Die Einfuhr von Eisenerze belief sich in England 1909 auf 6 329 000 Tons, 1910 auf 7 021 000 Tons und 1911 auf 6 347 000 Tons; in Deutschland 1909 auf 8 366 599 Tons, 1910 auf 9 816 822 Tons. Die Ausfuhr von Roheisen aus Großbritannien betrug 1908 1 294 045 Tons, 1909 1 185 310 Tons, 1910 1 205 444 Tons und 1911 1 204 315 Tons, die aus Deutschland 1908 267 849 Tons, 1909 471 046 Tons, 1910 786 865 Tons. Diese Zahlen zeigen deutlich die Bedeutung der arbeitenden Industrien in den einzelnen Ländern. Die Einfuhr von Roheisen betrug in England 1908 67 799 Tons, 1909 109 547 Tons, 1910 174 810 Tons, 1911 177 790 Tons, in Deutschland 1908 252 779 Tons, 1909 134 230 Tons, 1910 136 326 Tons.

Die Ausfuhr von Eisenwaren betrug in Großbritannien im Jahre 1908 2 892 478 Tons, 1909 3 075 489 Tons, 1910 3 382 565 Tons, 1911 3 314 794 Tons; in Deutschland im Jahre 1909 4 089 000 Tons, 1910 4 375 000 Tons; die Einfuhr nach England 1908 635 000 Tons, 1909 527 000 Tons. Die Lage der Maschinenindustrie war keine unglückliche, die Ausfuhr hat sich gegen 1910 vermehrt, dagegen ist die Einfuhr von elektrischen Maschinen bedeutend gestiegen. An die Ausfuhr Deutschlands reicht die englische nicht heran.

Die angeführten Daten geben ein deutliches Bild von der heimischen und englischen Industrie — sie zeigen uns vor allem den Vorsprung Deutschlands gegen England — ein glänzendes Zeugnis für deutschen Fleiß und deutsche Energie.

## Aus der Arbeiterbewegung.

### Den Eintritt in die christlichen Gewerkschaften

raten die Vertreter evangelischer Jungmännervereine ihren Mitgliedern auf das dringendste an. Die Vertreter der Vereine Hannover, Hildesheim, Braunschweig, Göttingen, Celle und anderer Städte nahmen auf einer im Monat Februar d. Js. abgehaltenen Tagung zu Hannover folgende Leitsätze an:

„Von den Gewerkschaften stehen die christlichen den Jungmännervereinen am nächsten, weil sie auf christlicher Grundlage ruhen. Die Stellung des Vereins zu denselben muß darum freundlich, und fördernd sein. (Durch Belehrung, Literatur, Zeitschriften) . . . Wo sie (die Mitglieder) durch den Terrorismus gezwungen worden sind, in die „freie“ Gewerkschaft einzutreten, sollen sie ihre Stellung einer gründlichen Revision unterziehen. — Die Bedenken, die von evangelischer Seite gegen die christlichen Gewerkschaften laut geworden sind, haben sich als haltlos erwiesen. In den christlichen Gewerkschaften ist einzig und allein der Platz für unsere Mitglieder.“

Diese Leitsätze sind geeignet, etwa noch vorhandene Bedenken der evangelischen Vereinsmitglieder und Arbeitskollegen gegen die christlichen Gewerkschaften restlos auszuräumen. Wünschenswert wäre es nur, daß sämtliche evangelischen Arbeiter- und Jungmännervereine eine so klare und zielbewusste Stellung zu den christlichen Gewerkschaften zum Ausdruck brächten und die Mitglieder, soweit sie Arbeiter sind, sich auch dieser Bewegung ungesäumt anschließen. Besonders jetzt zur Osterzeit sollte jeder evangelische Arbeiter seinen in ein Lehr- oder Arbeitsverhältnis eintretenden Jungen nicht allein dem Jungmännerverein zuführen, sondern ihn auch bei der in Frage kommenden christlichen Gewerkschaft als jugendliches Mitglied anmelden. Mit dem letzteren gerade sollte man doch heutzutage nicht mehr warten bis es zu spät ist. Recht treffend äußert sich über diesen Punkt der verdienstvolle Vorsitzende des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine auf der letzten Kreistagung zu Jülich. Nach dem evangelischen Arbeiterboten Nr. 12 führte er u. a. aus:

„Und wir müssen dafür Sorge tragen, daß unsere jugendlichen den christlichen Gewerkschaften zugeführt werden.“

Mögen unsere Mitglieder, gleich welcher Konfession sie angehören, besonders in diesen Wochen die ersten Mahnungen dieses weitblickenden Mannes und treuen Freundes der christlich-nationalen Arbeiterschaft überall beachten und — ausführen.

### Die Zelle fortgeschwommen

sind dem „Hauptauschuß zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine“. Diese etwas sehr politisch schillernde Spielart der Gelben, machte in letzter Zeit in Unternehmerorganen stark in „Erklärungen“ und Angriffen gegen den bekannten Vorsitzenden der evangelischen Arbeitervereine Mitteldeutschlands, Herrn Pastor Richter in Königswalde. Die Herren vom gelben Hauptauschuß nehmen es Herrn Pastor Richter gewaltig krumm, daß er von den gelben Spielereien nicht viel hält und für eine selbständige nationale Gewerkschaftsbewe-



Ne er in Düsseldorf auf der Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute aufstellte, wie blutiger Hohn. Werden nun die Feuerarbeiter endlich erwachen und vom Mittel der Organisation Gebrauch machen?

Ein sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter als Streikbrecher. Die Kellner des sozialdemokratischen Volkshauses in Gotha reichten am Osterfest, wie der Berliner Lokalanzeiger meldet, eine Forderung um Lohnerhöhung ein, die sie mit dem Hinweis auf die Nacharbeit begründeten. Die Verwaltung des roten Volkshauses lehnte die Forderung ab, worauf die sozialdemokratisch organisierten Kellner die Arbeit niederlegten. Die Verwaltungsmitglieder des sozialdemokratischen Volkshauses spielten dann selber Kellner, wurden also Streikbrecher. Unter diesen Streikbrechern befindet sich auch der Landtagsabgeordnete Hildebrandt. Ob die „Metallarbeiterzeitung“ diese roten Streikbrecher jetzt auch des Arbeiterverrates bezichtigt wird?

### Streiks und Lohnbewegungen.

**Düsseldorf.** Eine erfolgreiche Lohnbewegung, die den beteiligten Metallarbeitern für dieses Jahr noch 8576,40 Mark an Mehrlohn einbringt, wurde von unserem Verbands bei der Firma Zosien-Neuß, Eisenkonstruktion, durchgeführt. Die Firma bewilligte sämtlichen Arbeitern eine Lohnerhöhung um 5 Pfg. pro Stunde. Die Erhöhung kommt bei der Arbeitererschaft voll zur Geltung, da in diesem Werke mit geringen Ausnahmen nur Lohnarbeit vorhanden ist. Eine Zusammenstellung der Lohnerhöhung ergibt folgendes Bild:

Während der Bewegung wurden bewilligt:		Mehrlöhne		Mehrlöhne	
Anzahl Arbeiter:	pro Person u. Stunde	pro Person und Woche	pro Person für 1912	pro Person für 1911	pro Jahr insgesamt
2	5 Pfg.	3,00	122,00	72,20	549,00
6	3 "	1,80	72,20	48,80	60,00
1	2 "	1,20	48,80	32,53	300,00
Bei Beendigung sind weiter erreicht:					
2	6 "	3,60	135,60	113,00	8250,00
55	4 "	2,40	90,40	77,80	240,00
2	4 "	2,40	90,40	77,80	980,00
11	3 "	1,80	67,80	55,20	120,00
8	2 "	1,20	45,20	37,60	104,00
1	Wochenlohn 25 Mt. jetzt 27 Mt.		76,00		
88 beschäftigte Arbeiter		insgesamt		10 864,00 Mark	

**Düsseldorf-Grevenbroich.** Bei der Firma Klingelhöffer versucht man zum Schaden der Dreher eine gründliche Affordverbesserung vorzunehmen. Der Meister D. scheint der Ansicht zu sein, daß auch der Dreher nur eine Maschine ist, die durch das Wechseln der Treibriemen auf andere Antriebsachsen zur schnelleren Gangart bestimmt wird. Aber wie es bei der Maschine, selbst bei den besten Bänken und Stählen eine Grenze gibt, so gibt es auch eine Grenze in der „Preisregulierung.“ Wir stellen nun bei der Firma folgende Abzüge fest:

Gegenstand:	Alter Afford:	neu angeboten:	Abzug:
Planzscheibe	5,75 M.	4,25 M.	1,50 M.
1 Welle 10 Mt. L.	11,50 "	7,50 "	4,00 "
1 Spindel	5,00 "	4,00 "	1,00 "
5 Achsen	67,50 "	60,00 "	7,50 "
5 Muttern	2,00 "	1,20 "	0,80 "
1 Bolzen	1,20 "	0,80 "	0,40 "
1 Säße	9,50 "	7,00 "	2,50 "
1 Substanzscheibe	1,75 "	1,40 "	0,36 "
1 Sandrad	2,00 "	1,75 "	0,25 "
1 Kugelgelenk	1,50 "	1,25 "	0,25 "
1 Nische	1,10 "	0,80 "	0,30 "
1 Nische	0,80 "	0,60 "	0,20 "
Ringe	1,00 "	0,70 "	0,30 "
4 konische Räder	2,50 "	2,25 "	0,25 "
1 Spindel	18,00 "	15,00 "	3,00 "
Drehlager	1,60 "	1,30 "	0,30 "
Monteurzettel	2,00 "	1,80 "	0,20 "
5 Achsen	30,00 "	27,50 "	2,50 "
4 Spindeln, 4 Muttern	23,00 "	23,00 "	6,00 "

Außerdem erhielten die Arbeiter für Spindelschneiden, 3700 Millimeter lang, früher 28 M., jetzt für dieselbe Arbeit, jedoch nur 2500 Millm. lang 17 M., mithin wurde für 1200 Millm. ein Abzug von 11 M. gemacht. Muttern bohren und schneiden, früher 9 M., jetzt werden statt Muttern Schneckenräder verwendet; diese drehen und schneiden 8 Mark. Eine Schnecke drehen und schneiden, früher 3,50 M., jetzt dieselbe auch mit bohren nur 2,80 Mark. Einem Dreher wurden für ein Rad bohren 3,50 M. geboten. Der Dreher forderte als äußersten Preis 4,50 Mark. Der Meister D. setzte auf 4 M. zu und da sich der Dreher weigerte, kam der Betriebsführer und bot 3,75 Mark. Der Dreher konnte jedoch hierfür nicht arbeiten und wurde ihm die Bank daraufhin abgenommen.

Das ist also das Mitbestimmungsrecht des Arbeiters bei der Festsetzung der Affordpreise. Die alten Preise sind bereits auf die Bedienung zweier Bänke berechnet und ist hierfür ein Affordverdienst von 40—65 Pfennig (bei einem Dreher 70 Pf.) pro Stunde erreicht, indem die Dreher in jeder Lohnperiode Arbeit fertig geschrieben, die erst in der folgenden Lohnperiode fertiggestellt wurde. So wurden bis zu 15 Stunden Arbeitszeit der folgenden Woche mit zur Löhnung verwandt. Ein Ausgleich wurde seitens der Dreher dadurch geschaffen, daß etwas besser stehende Afforde hier den Herausreißer spielen mußten. Diese Zustände konnten einzeifen, da nur recht wenige der Kollegen organisiert waren.

Wie es nun aber nach diesen Abzügen werden sollte, war ihnen ein Mittel und sie griffen nun erst zum rechten Mittel, zum Anschluß an die Organisation, der sie sich freilich auch schon früher hätten erinnern sollen. Seitens der Organisationsleitung wurde beim Herrn Direktor Rodinger um eine Unterredung ersucht. Dies wurde von diesem Herrn in einer Weise abgelehnt, die man nur als bedauerlich bezeichnen kann. Die Dreher sind darauf selbst vorstellig geworden, erreichten jedoch nichts, sie wurden vielmehr auf die nächstst kommenden besseren Bänke vertrieben. Dann kam bei tüchtiger Leistung jeder

sein Geld verdienen. Heute sind jedoch auf diese „kommenden Bänke“ schon die Abzüge gemacht worden. Er (der Herr Direktor) bliebe Herr in seinem Betriebe und lasse sich niemals von einem außerhalb des Betriebes Stehenden in den Werksangelegenheiten „Befehle“ machen. Diese Leute würden von ihm immer „groß“ abgewiesen werden. Der Arbeiter aber möge zu ihm kommen. Daß es mit dem „zu ihm kommen“ nicht allein getan ist, bewies die Dreher einstimmig dadurch, daß über diese Abweisung des Wertes die Sperre verhängt wurde.

Die Firma sucht nun bei „gutem Verdienst und dauernder Arbeit“ in hiesigen Mättern Dreher. Wir glauben, wohl niemand dürfte Lust verspüren, dort die Arbeit für ein Butterbrod herzustellen. Die Kommission wird wieder vorstellig werden und die alten Preise für sämtliche Gegenstände fordern. Wird dies von dem Herrn abgelehnt, so dürfte die Einreichung der Kündigung wohl das letzte aber wirksamste Mittel sein, um der Schuldenswirtschaft ein Ende zu machen. Jeder Dreher, dessen Weg nach Grevenbroich führt, meidet daher vorerst diesen Betrieb. Beteiligt ist unser Verband mit 11, der „freie“ Metallarbeiterverband mit 2 Kollegen.

### Der Abschluß der Lohnbewegung bei der Firma Metallwerke Gustav Imhäuser in Dipe.

Die in der Rohrzieherei und Metallgießerei der Firma Gustav Imhäuser beschäftigten — von wenigen Ausnahmen abgesehen — sämtlich im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Kollegen traten am 14. März in eine Lohnbewegung. Nachdem in verschiedenen Betriebsversammlungen die Wünsche der Arbeiter gründlich erörtert waren, wurde an dem genannten Datum von Seiten unseres Verbandes durch den Kollegen Gierb-Siegen eine Eingabe an die Firma gerichtet, worin neben verschiedenen Wünschen allgemeiner Natur hauptsächlich die Forderung nach einer allgemeinen Lohnerhöhung von 5 Pfg. pro Stunde enthalten war. Außerdem wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, den Afford der Gusspüßer für die Arbeiten von 1/2 bis 30 Kilo von 1 1/2 auf 2 Pfg. pro Kilo zu erhöhen. Ferner wurde die Schaffung eines Arbeiterausschusses gewünscht.

Die Firma antwortete zunächst überhaupt nicht und trat auch nicht mit der von den Arbeitern gewählten 4gliedrigen Kommission in Verhandlungen ein. Auch das von Kollegen übermittelte Angebot zu Verhandlungen wurde abschlägig beschieden. Nachdem somit alle Mittel zu einer friedlichen Erzielung der Angelegenheit erschöpft waren, blieb nichts anderes übrig als schärfere Maßnahmen zu ergreifen.

In einer am 25. März stattgefundenen Versammlung wurde in geheimer Abstimmung einstimmig beschlossen, die Kündigung einzureichen. Inzwischen war der Firma wohl der Gedanke gekommen, daß es doch besser sei, sich mit der Arbeitererschaft auf friedlichem Wege zu verständigen, als es auf einen Kampf ankommen zu lassen. Etwa 8 Tage nach der erfolgten Kündigung fanden zwischen der Firma einerseits und unserer Bezirksleiter, Kollegen Schmitz-Wilm und Kollegen Gierb-Siegen andererseits Verhandlungen statt, die zu einem friedlichen Abschluß der Bewegung führten. Auf Grund der Verhandlungen kam folgende Vereinbarung mit der Firma zustande:

„Die Löhne der Affordarbeiter werden um 5 Pfg. pro Stunde erhöht, sofern nachgewiesen ist, daß der Arbeiter im Durchschnitt der letzten drei Monate den entsprechenden Affordverdienst erzielt hat. Für die im Lohn beschäftigten Arbeiter wird der Lohn um 2 Pfg. pro Stunde erhöht; bei den Plagarbeitern insoweit als durch die Erhöhung der Lohn von 35 Pfennig pro Stunde nicht überschritten wird. Soweit Lohnarbeiter seit dem 1. Februar 1912 in ihrem Lohn aufgebessert worden sind, tritt eine Lohnsteigerung nicht vor dem 1. Juli 1912 in Kraft.“

Der Affordsatz für Gusspüßer beträgt für Arbeiten von 1/2 bis 30 Kilo 2 Pfg. pro Kilo. Es erhöhten sich die Löhne für drei Lehrlinge um 2 Pfg., für einen weiteren Lehrling um 3 Pfg. und für einen anderen um 5 Pfg. pro Stunde.

Die Firma wird die Ueberstundenarbeit nach Möglichkeit einschränken. Die Schaffung einer Vorrichtung zum Wärmen des Mittagessens wird berücksichtigt. Die Frage der Errichtung eines Arbeiterausschusses soll zunächst weiter geführt werden und wird im Auge behalten. Die Lohn- bezw. Affordverbesserungen treten mit dem 1. April 1912 in Kraft.“

Mit dem vorstehenden Resultat der Bewegung erklärten sich die Kollegen einverstanden und wurde daraufhin die Kündigung zurückgenommen.

Durch die Bewegung ist zunächst ein nicht zu unterschätzender moralischer Erfolg erzielt worden. Die Firma, die anfangs weder mit der Arbeiterkommission noch mit dem Verbandsbeamten über die Differenzen verhandeln wollte, hat durch das Aufgeben dieses Standpunktes und durch das Verhandeln mit der Organisationsleitung die Organisation als berechnete Interessenvertretung der Arbeiter anerkannt. Auch die erzielten materiellen Erfolge können uns befriedigen, wenn dadurch auch nicht alle Wünsche bis zum Tüpfelchen auf dem i erfüllt worden sind. Bei Verhandlungen ist eben beiderseitiges Entgegenkommen notwendig. Beachtenswert sind auch die erzielten Lohnerhöhungen für die Lehrlinge. Daraus mögen besonders die jugendlichen Kollegen erfahren, daß auch für sie der Anschluß an die Organisation nichts zwecklos, sondern dringend notwendig ist. Alles in allem: Mit dem Resultat der Bewegung können wir zufrieden sein.

Daraus erwächst für unsere Older Kollegen die Pflicht, mit allem Eifer für die weitere Ausbreitung und Stärkung unseres Verbandes tätig zu sein. Manches haben wir schon im Laufe der letzten Jahre in den verschiedenen Betrieben von Dipe erreicht. Vieles bleibt noch zu tun übrig. Vor allen Dingen müssen wir dafür sorgen, daß die große Masse der noch vorhandenen unorganisierten Arbeiter immer kleiner wird, damit wir nicht nur das bereits Erreichte behalten, sondern auch weitere Erfolge erzielen. Deshalb Kollegen: An die Arbeit! Auf zur Agitation!

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen in jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

**Zwifringen.** Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist streng fernzuhalten.

**Düsseldorf.** Ueber die Formerei der Armaturen- und Maschinenfabrik Schmitz in Düsseldorf-Würstendroch ist die Sperre verhängt.

**Siegen.** Die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion und Verzinkerei in Gelsweid ist für Metallarbeiter gesperrt.

**Ulm.** Die Arbeiter der Firma Ed. Mayer & Comp. stehen im Streit. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Trier.** Wegen Nichtanerkennung des abgebrochenen Tarifvertrags sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner der Installationsbranche gesperrt. Zurücksendende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hohenstraße 12 zu melden.

**Düsseldorf-Oberkassel.** Bei der Firma Hirsch stehen die Schlosser der Abt. Fensterbau im Streit.

**Gebelsberg.** Bei der Firma W. Schmidt, Schloßfabrik und Tempergießerei stehen die Arbeiter im Streit.

**Frankfurt a. M.** In den hiesigen Adlerwerken, ferner bei den Firmen Mayfarth u. Co., Fries u. Sohn, Porforny und Witzelnd stehen die Arbeiter im Streit. Zugang ist fernzuhalten.

**Düsseldorf-Gerresheim.** In der Drahtstiftfabrik Dreher u. Sohn stehen die Arbeiter im Streit.

**Sagen.** Die Arbeiter der Firma Kraemer u. Freund (Feberichter, Schleifer usw.) stehen wegen Ablehnung ihrer Forderungen in Kündigung. Zugang ist fernzuhalten.

**Düsseldorf.** Die Sperre über die Firma Schließ N. G. Werkzeugmaschinenbau ist aufgehoben. Die Differenzen, die den Anlaß zur Sperre boten, werden von der Firma zum 1. Mai beseitigt.

### Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 21. April 1912 der siebzehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. bis 27. April 1912 fällig.

Die Nr. 15 unseres Verbandsorgans ist veröffentlicht. Wir bitten deshalb alle überzähligen Exemplare umgehend an die Hauptgeschäftsstelle zurückzuliefern.

### Aus dem Verbandsgebiet.

**Frankenthal.** Eine gute besuchte Versammlung hielt die sich-national gesinnte Arbeitererschaft hier selbst am 25. März im Grafschen Saale ab. Arbeitersekretär Kollege Gable-Ludwigshafen referierte über die Stellung der christlichen Gewerkschaften zum Teilsstreik im Ruhrrevier. Redner verstand es treffend, die Vorgänge im Ruhrrevier klar und verständlich darzulegen und führte den schlagenden Beweis, daß die sozialdemokratischen „Führer“ diesen Streik gegen alle gewerkschaftlichen Regeln vom Zaun gebrochen — nur um der sozialdemokratischen Agitation zu dienen. Die starke christliche Gewerkschaftsbewegung sei den Genossen ein Dorn im Auge; ihr schrieben sie, und nicht mit Unrecht, auch ihre Bedeutungslosigkeit und Ohnmacht im größten und wichtigsten Industriebezirk Europas zu. Darum lag diesem Streik auch die Absicht zu Grunde, durch einen Mißbrauch des stark ausgeprägten Solidaritätsgefühls der Bergleute dem christlichen Gewerkschaften zu vernichten. Über diese Absicht der Genossen sei trotz aller Lärm, trotz aller Spottung und Verhöhnung der christlichen Arbeiter an deren Einsicht und Disziplin kläglich gescheitert. Unter dem Beifall der Versammlung geißelte Redner dieses arbeiterverräterische Treiben der Genossenführer und sollte dem Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter für sein mannhaftes Verhalten, welches nur im Interesse der gesamten Arbeitererschaft gelegen sei, die verdiente Anerkennung. Eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme.

Alle Kollegen waren der Ansicht, daß die Genossen diesmal auf Granit gebissen hätten. Das Unternehmertum macht sich über die Unfähigkeit der roten Strategen lustig, die Arbeitererschaft um Millionen betrogen und den Unternehmern zu gleicher Zeit einen unerwarteten Millionenprofit zugeschanzt haben, indem diesen durch den Streik die Möglichkeit gegeben war, die ungeheuren Mengen von Lagerkosten zu hohen Preisen loszuwerden. Aber auch den erhofften Vorteil für die Sozialdemokratie werden die Genossen nicht aus dieser Niederlage ziehen. Manchem verführten Bergmann dürften sich doch mittlerweile die Augen öffnen und er wird erkennen, daß er vor solchen Schäden und Niederlagen nur sicher ist, wenn er zur Stärkung des Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter beiträgt. Der Rückgang des roten Bergarbeiterverbandes wird also nicht aufzuhalten sein — und diesen Bankrott im Ruhrrevier suchen die Genossen weit zu machen, indem sie durch Geschrei und Geschimpfe über die Christlichen an anderen Orten die Arbeiter in ihre Verbände zu locken suchen. Das darf den Kollegen nicht gelingen, wenn nicht die Arbeiterschaft auch an anderen Orten ungeheuer geschädigt werden soll.

Darum ist es auch für uns Frankenthaler Kollegen an der Zeit, den roten Herrschaften die Heuchlermaske vom Gesicht zu reißen. Es darf unter uns keine Meinungsverschiedenheit mehr darüber bestehen, daß wir samt und sonders unter die Fahne der christlichen Gewerkschaften gehören, in jene Reihen, wo unsere Interessen mit Ausdauer und Ueberlegung und unter Aufbietung aller erlaubten Mittel gewahrt und gefördert werden.

**Hensburg.** Am 27. März sprach Kollege Hartmann-Damburg hier selbst über „Die Stellung des Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter während des Kampfes im Ruhrgebiete und die Niederlage des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes.“ Zunächst verführte der Referent die Pflichten eines Arbeiterführers im allgemeinen und sprach sich mit Recht dahin aus, daß die erste Pflicht eines Führers die sei, die Verhältnisse und den etwaigen Erfolg eines Streiks zu prüfen, ehe man einen solchen in Szene setze. Der Streik der Bergarbeiter sei von vornherein verfehlt gewesen, wegen Mangel an Voraussetzungen für einen solchen, weil alle friedlichen Mittel noch nicht erschöpft waren, wegen ungenügender Organisation, wegen nicht ausreichender Geldmittel usw. Redner wies das an der Hand einwandfreien Materials im einzelnen überzeugend nach. Da dieser Streik nun trotzdem von den sozialdemokratischen Führern krievol vom Zaun gebrochen wurde, war die öffentliche Meinung von Anfang an gegen die Streikenden und was dies im Falle eines Kampfes zu bedeuten hat, ist wohl jedem Gewerkschaftler klar. In Wirklichkeit galt es ja weniger eine Lohnerhöhung zu erzielen, als den verhassten christlichen Gewerkschaften ein auszuweichen, was dem unverantwortlichen Vorgehen der sozialdemokratischen Führer jedoch nicht gelang, so daß der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter siegreich aus den Ereignissen hervorging und auch heute noch seine 80 000 Mitglieder treu zur Fahne halten.

In der nun folgenden Diskussion nahm unter anderen auch einer der geladenen Gäste, Herr Rektor Ewald-Flensburg, das Wort und führte etwa folgendes aus: Anschließend an die Vorrede lobe ich das mutige Verhalten der christlichen Bergarbeiter im Ruhrrevier und bin ich der Überzeugung, daß die bürgerlichen Parteien und die öffentliche Meinung mehr und mehr die segensreiche Wirkung der christlichen Gewerkschaften anerkennen, weil diese es sind, die tatsächlich die Interessen der christlichen nationalen Arbeiter vertreten. Ich bin der festen Überzeugung, daß ihnen noch eine große Zukunft bevorsteht und wünsche ich deshalb auch fernerhin den christlichen Gewerkschaften ein festes Gelingen und Gedeihen zum Wohle der Arbeiterklasse. Kollege Kollmer sprach noch über die noch nie dagewesenen brutalen Ausschreitungen der Streikenden gegen die christlichen Bergarbeiter und daß es durchaus berechtigt gewesen sei, Schuß für die weiter arbeitenden Bergleute zu fordern. Denn wenn die christlichen Bergarbeiter auf dem Wege zur Arbeit beschimpft, verhöhnt, verprügelt und aus dem Hinterhalt beschossen wurden, wenn Dynamitbomben an ihre Häuser gelegt wurden, um ihre Wohnungen zu demolieren, dann sei es wahrlich gerechtfertigt, mehr Schutz zu verlangen. Aber man könne von den roten Massen nichts anderes verlangen, wenn die Führer — die Elite — sich im Reichstag so benehmen, wie sie sich benommen haben. Ferner zitierte Redner Stellen aus den sozialdemokratischen Blättern „Südwest“, „Vorwärts“, aus denen deutlich hervorging, daß die Führer des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes den Streik in ganz trivialer Weise in Szene gesetzt hätten. Kollege Schmitz meinte, daß es eine betrübende Tatsache sei, daß sich Kollegen hier in Flensburg durch Genossen, die den Bergarbeiterstreik zur Agitation ausnützten, hätten ins Wodschorn jagen lassen. An der Hand der Reichstagsverhandlungen wies er nach, daß der Streik völlig unbegründet und die Stellungnahme der christlichen Bergarbeiter durchaus berechtigt war. Redner forderte die Anwesenden zu regem Versammlungsbesuch auf und leitete den Vortrag zu dem Thema „Die christlichen Gewerkschaften“ über.

**Bamberg.** Wie die Genossen ihre Schächel vor der Aufklärung bewahren, zeigte sich hier auf einer von den christlichen Arbeitern einberufenen, sehr stark besuchten Arbeiter- und Bürgerversammlung. Der Vorsitzende des Zentralverbandes christlicher Arbeiter Deutschlands, Kollege Rienecker-Frankfurt a. M. sollte hier über „Ursachen, Begleiterscheinungen und Ausgang des Bergarbeiterstreiks“ referieren. Unter Führung des Genossen Trimborn vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverband, hatten sich uneingeladen mehrere hundert „Genossen“ eingefunden. Eingeladen waren nur die christlich und national gesinnten Arbeiter und Bürger. Wie die den Sozialdemokraten trotzdem bereitwillig gewährte Gastfreundschaft von diesen mißbraucht wurde, darüber etwas in Nachstehendem: Schon vor Eröffnung der Versammlung war Trimborn vom Kollegen Müller auf seine Anfrage in Gegenwart von Zeugen erklärt worden, daß unbeschränkte Redefreiheit gewährt würde. Jedoch die Versammlung war kaum eröffnet und durch Kollegen Koppelt dem Referenten das Wort erteilt, als wie auf Kommando aus mehr wie hundert Genossenleihen der Ruf erscholl: „Zur Geschäftsordnung! Zur Geschäftsordnung!“ Das Wort wurde zunächst einem der lautesten Schreier, dem Genossen Geiger, erteilt, der aber nichts anderes verlangte, als was Trimborn schon vor der Versammlung verlangt hatte und was diesem auch sofort zugestanden worden war. Nachdem unter den uneingeladenen roten „Gästen“ etwas Ruhe eingetreten war, wurde vom Versammlungsleiter die bestimmteste Zusicherung gegeben, daß unbeschränkte Redefreiheit für jedermann gewährt würde. Jedem, der nur einmal in seinem Leben das Wort „Umgang mit Menschen“ von Prioge gelesen hat, würde diese bestimmte Zusage genügt haben, die Bamberger Sozialdemokraten verlangte und erhielt auch sofort das Wort zur Geschäftsordnung. Er erhob die Forderung, daß sofort nach dem Referenten auch einem seiner Leute unbeschränkte Redefreiheit gewährt werden solle. Noch ehe es dem Versammlungsleiter überhaupt möglich war, öffentlich zu erklären, daß man auch gern nach dem Referenten einen heranzuführenden Gegner zu Worte kommen lassen wolle, schmeckte der vorgenannte Herr Geiger auf und forderte, obgleich ihm gar nicht das Wort erteilt worden war, in einer kurzen Ansprache seine Anhänger auf, mit ihm das Lokal zu verlassen. Während sich schreiend zogen die Sozialdemokraten mit ihrem wackeren „Feldmarschall“ Trimborn ab. Die Versammlung, an der, nachdem die roten sie verlassen hatten, noch mehrere hundert Bürger und Arbeiter teilnahmen, nahm dann einen ruhigen Verlauf. Eine Resolution, in der die arbeiterschädigende Taktik der sozialdemokratischen Verbandsführer scharf verurteilt wurde und dem Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter für sein Verhalten bei der letzten Bergarbeiterbewegung vollste Anerkennung ausgesprochen wurde, fand einstimmige Annahme.

Dieses merkwürdige sozialdemokratische Spektakelstück, welches den Genossen Trimborn in seiner ganzen „Größe“ und seine bedauerlichen, gedankenlosen Nachläufer so recht in ihrem blinden Parteilichem zeigte, war, wie jedem Kenner der roten Versammlungstaktik sofort offenkundig wurde, nur aus dem Grunde planmäßig vorbereitet worden, um die getrennten Schächel im sozialdemokratischen Lager zu zerlegen und zu lassen von der Verantwortung, zu zerlegen und arbeiterschädigenden Taktik der roten Führer im Ruhrrevier. Schon am Tage vor der Versammlung wurde durch „Frei“ organisierte den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften gebot, wenn werde in die „Christenversammlung“ kommen und daraus eine zweite Hofmann-Versammlung machen, d. h. sie freuzen.

Nach diesem blamablen Zerfall versuchten die hiesigen Sozialdemokraten in ihrer Presse eine Heilung. In ihrer Not nahmen sie ihre Zuflucht zu Entstellungen und Umwechsellungen. So wird z. B. im Württembergischen „Volkstribunal“ ganz dreist behauptet, der Versammlungsleiter habe auf ihre Anfrage den „Freien“ erklärt, daß bereits drei christliche Disziplinare eingeschrieben seien. Nach dem Verlassen des Saales durch die „Freien“ wären in der Versammlung höchstens noch zwei Dutzend Arbeiter anwesend gewesen. Der übrige Teil der Versammlungsteilnehmer habe aus „einem halben Dutzend christlichen Gewerkschaftsführer“ bestanden usw.

Die angebliche Behauptung des Versammlungsleiters, Kollege Koppelt, es hätten sich schon drei Disziplinare (noch nicht in die Reihenfolge?) eingeschrieben lassen, hat wohl außer dem Schreiber des unwahren Berichtes im roten „Volkstribunal“ kein anderer Versammlungsbesucher gehört. Der angeblich falsche Versammlungsbesuch durch die christlichen Arbeiter, von

dem der Genosse faselt, ist wohl darauf zurückzuführen, daß die christliche Versammlung mit den Versammlungen verwechselt, die ein Fräulein Poppe aus Berlin in den letzten Tagen hier und in der Umgebung für die „Freien“ abgehalten hat. Die waren nämlich alles in allem nur von einigen Hundert „Freien“ besucht. Ueberhaupt scheint der rote Aktivist sich in einer bedauerlichen Verfassung befinden zu haben, denn die Kollegen Kollmer, Koppelt und Müller sag er doppelt — und der rote Sozialdemokrat hat ihn nicht daran gehindert, die drei gleich für ein halbes Dutzend christlicher Gewerkschaftsführer anzusehen. Wir wollen zu seinen Gunsten aber annehmen, daß nur die Angst ihm diesen Wahn gespielt hat.

Wir konstatieren also: Es war den roten Dajenischen gar nicht um eine freie Aussprache zu tun, sonst wären sie dieser nicht ohne alle Veranlassung aus dem Wege gegangen. Genosse Geiger weiß doch aus Erfahrung, daß christliche Versammlungsleiter ihr Wort halten. Warum also jetzt dieses sozialdemokratische Spektakelstück? Nur weil man allen Grund hatte, die Aufklärungsarbeit der christlichen Arbeiterführer zu fürchten! Und daß diese keine Hasenrucht vor der Aufklärungsarbeit der Führer der christlichen Gewerkschaften nicht nur allein unter den Bamberger Sozialdemokraten, geht daraus hervor, daß in der Nummer 74 vom 29. März die sozialdemokratische „Münchener Post“ die Parteigenossen und moderu organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen vor dem Besuche jener Versammlungen, wo christliche Arbeiterführer über den Ruhrbergarbeiterstreik referieren, warnt und bringen auffordert, „diese Versammlungen streng zu meiden“. Und wenn der rote Vorkämpfer zum Schlusse seines Monstrums im roten „Volkstribunal“ die christlichen Arbeiterführer noch als Judas betrachten zu müssen, so sagen wir ihm ganz ruhig, daß zu einer solchen unqualifizierbaren Beschimpfung nicht so viel Mut gehört, als wie in öffentlicher Versammlung Beweise für die zu Unrecht gemachten Vorwürfe zu erbringen. Dann ist es auch bekannt, daß von den Sozialdemokraten alle diejenigen Arbeiterführer als „Verräter“, „Judas“, „Lumpen“ usw. beschimpft werden, die den roten nicht wie die Hunde willig aus der Hand fressen, sondern trotz des roten Terrors ihre Selbständigkeit wahren. Mit Schimpfen über „Judas“, „Niedertracht“, „Verrat“ usw. läßt sich das frivole Spiel, daß die Sozialdemokraten tatsächlich in den letzten Wochen mit den Interessen der Ruhrbergleute getrieben haben, nicht hinwegdiskutieren. Denkende Arbeiter werden den Genossen die Antwort nicht schuldig bleiben.

### Gelbeingänge bei der Hauptkasse

im Monat März.

Sofort 250, Bochum 600, Werder 300, Stollberg 550, Lippsdorf 53,80, Berlin 300, Neuwied 65, Hamburg 330, Dessau 157,97, Ramlan 40, Aachen 1700, Pforzheim 600, Glogau 30, Düsseldorf 2000, Singen 150, Rheinfelden 13,25, Solingen 1000, Warmen 600, Wiesbaden 40,40, Reheim 1500, Schwelm-Gevelsberg 700, Neuwied 40, Weicherhammer 88,20, Berlin 300, Hagen 1000, Köln 2000, Augsburg 200, Saarbrücken 441,35, Schwelm-Gevelsberg 450, Hamm 1000, Dortmund 1000, Aachen 1000, Frankfurt a. M. 700, Olpe 400, Freiburg 100, Söckel 14,20, Warmen 400, Söckel 120, Flensburg 300, Hannover 100, Düsseldorf 1300, M.-Gladbach 1000, Gelsenkirchen 800, Eschramberg 100, Neuwied 100, Berlin 8,70, Mendelsburg 32,71, Osnabrück 2000, Ingolstadt 20, Plauen 12,80, Oker 100, Essen 3000 Mart.

### Briefkasten

Nach Essen, Düsseldorf, Quakenbrück z.: Berichte erscheinen in nächster Nummer.

### Sterbetafel

**Hamm.** Am 8. März starb unser Kollege Fritz Konert im Alter von 45 Jahren infolge Lungenentzündung.  
**Stollberg.** Am 20. März starb unser langjähriger treuer Kollege Eugen Müller im Alter von 44 Jahren infolge Lungenentzündung.  
**Trieburg.** Am 28. März starb unser Kollege Simon Maier, Uhrmacher, im Alter von 75 Jahren an Lungenentzündung.  
**Pforzheim.** Am 11. April starb unsere Kollegin Anna Schuler, geb. Lindensfelder, im Alter von 23 Jahren an Lungentuberkulose.  
**Roth (bei Nürnberg).** Am 10. April starb unser treuer Kollege Richard Wörndlein im Alter von 68 Jahren infolge Lungenentzündung.  
**Beckum.** Am 24. März starb unser Kollege Heinrich Reders im Alter von 22 Jahren infolge eines Unfalles  
 Ehre ihrem Andenken!

Hagen, den 20. März 1912.

**Öffentliche Sitzung der 3. Strafkammer des Königl. Landgerichts.** Gegenwärtig: 1) L.-G.-Rat Gassen, als Vorsitzender, 2) L.-G.-Rat Knecht, 3) L.-G.-Rat Dr. Schaeffer, als beizigende Richter, 4) G.-Sekretär Schöpper, als Gerichtsschreiber.

In der Privatklage des Drachtighers Wilhelm Jarnleben hier, Rineckstraße 39, Privatkläger, gegen den Gewerkschaftsführer Josef Graf in Hagen, Wehringhauserstraße 41, Angeklagter, wegen Verleumdung, erschienen zur Hauptverhandlung über die von dem Angeklagten eingeleitete Verurteilung gegen das Urteil des Königl. Landgerichts in Hagen vom 11. Januar 1912: 1) der Privatkläger und Rechtsanwalt Dr. Berner, 2) der Angeklagte und Rechtsanwalt Frank aus Dortmund p. p.

Es wurde folgender Vergleich geschlossen und zwar vor Eintritt in die Verhandlung: Der Privatkläger erklärt an, daß der Angeklagte die Behauptung der Privatkläger Jarnleben habe sich als Kommissionsmitglied nur für die entlassenen Arbeiter der Firma Eiden & Co. verwendet, welche Mitglieder des christlichen Metallarbeiter-Verbandes waren, auf Grund ihm erteilter Information in ganz Glauben angefertigt hat. Der Angeklagte erklärt an, daß er keine Behauptung nach der Beweisführung 1. Instanz nicht mehr aufrecht erhalten kann und daß er nunmehr angeben muß, daß der Privatkläger sich als Kommissionsmitglied für alle fünf gewerkschaftlichen Arbeiter der Firma Eiden & Co. verwendet hat und nimmt die an seine Behauptung getätigten Verleumdungen zurück. Die Kosten, einschließlich des vereinbarten Honorars des Vertreters des Privatklägers trägt der Angeklagte. Der Privatkläger nimmt die Privatklage zurück.

Bevollmächtigter Gassen, Schöpper, Ausgesetzt, Gerichtsschreiber des Königl. Landgerichts.

### Versammlungsständer.

**Kollegen und Kolleginnen!**  
 Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

**Freitag, den 19. April.**  
 Düsseldorf-Deurath. Abends 9 Uhr bei Wegener, Mittelstr. Gelsenkirchen-Bulmke. Abends 8 Uhr bei Welsche. Pforzheim-Streiffeld. Abends 8 Uhr im Adler.

**Samstag, den 20. April.**  
 Berlin. Abends 8.30 Uhr im Saal des Reichsausschusses, Am Königsgraben 14a, allgemeine Mitgliederversammlung.  
 Düsselb. Abends 8.30 Uhr Versammlung im Bahnhof.  
 Düsseldorf-Friedrichstraße. Abends 9 Uhr bei Mengwasser.  
 Dortmund 1. Abends 9 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus.  
 Dortmund-Hörde. Abends 8.15 Uhr bei Stolze, Chauffeurstr.  
 Düsseldorf-Deurath. Abends 9 Uhr bei Wegener, Mittelstr. Essen-Steele-Krab. Abends 8.30 Uhr in Steele bei Seebon. Gienach. Abends 8.30 Uhr im Weimarschen Hof. Freiburg i. Br. Abends 8.30 Uhr im Gantersbräu, Schiffstr. 7. Halle a. S. Nachm. 9.30 Uhr bei Schott. Köln-Gumboldt-Kolonie. Abends 9 Uhr bei Gutf, Wattstraße. Köln-Deum. Abends 9 Uhr „zur Krone“, Freiheitstraße. Köln-Deum. Abends 9 Uhr bei Sadelers. Mühlh. Abends 8.30 Uhr bei Ed. Rosenb. Wörberstr. München (Spengler). Abends 8 Uhr mit Vortrag in der „Leopoldstraße“.

**Reheim, 3. Bezirk.** Abends 8.30 Uhr bei Lattich, Hauptstr. Nürnberg. Abends 8 Uhr allgemeine Vertrauensleute-Sitzung mit Quartalsbericht im Gesellenhospiz, Tafelhofstraße 7. Pforzheim-Stadt. Abends 8 Uhr mit Vortrag des Kollegen Kuhn. Radolfzell. Abends im Gasthof zum Kreuz mit Vortrag und Quartalsabrechnung. Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im „Römischen König“. Stuttgart-Gannstatt. Abends 8.30 Uhr im evgl. Arbeiterverband, Lokal.

**Verl.** Abends 8 Uhr bei Wiethoff.

**Sonntag, den 21. April.**  
 Bochum-Weitmar. Vorm. 11 Uhr bei Paul Krell. Duisburg-Ortsverwaltung. Nachm. 4.30 Uhr im Konradtsaal Ruhrort, Landwehrstr., Generalversammlung. Um 2.30 Uhr daselbst Konferenz sämtlicher Vertrauensmänner der Verwaltungsstelle.  
 Dortmund-Schüren. Vorm. 11 Uhr bei Weingöbel. Dortmund-Münch. Vorm. 11 Uhr bei Müllmann. Dortmund-Deum. Vorm. 11 Uhr bei Nagel. Dortmund-Witten. Vorm. 11 Uhr bei Wilsch, Augustastr. Dortmund-Barop. Nachm. 4 Uhr bei Wwe. Schmitzer, Kirchstr. Dortmund-Hörde. Abends 7 Uhr Kartellversammlung bei Stolze, Chauffeurstraße.  
 Düsseldorf-Verwaltungsstelle. Vorm. 11 Uhr im Paulshaus Versammlung für alle Mitglieder der Verwaltungsstelle. Alle für diesen Sonntag vorgesehene Versammlungen werden für den nächsten Sonntag aufgeschoben.  
 Essen-Elektronen. Vorm. 10.15 Uhr bei Schmitz, Steelerstraße 61.  
 Essen-Stadt, Duttrop, Stoppenberg u. Nordost. Vorm. 11 Uhr bei Spahn, Steelerstraße.  
 Essen-Alfendorf. Vorm. 11 Uhr bei Wint, Altenborferstraße 20a. Ref.: Kol. Engel-Bodum.  
 Essen-Alcneien. Abends 8 Uhr bei Böhmer. Essen-Berge-Nordost (Jugendklasse). Nachm. 2.30 Uhr bei Wephoff, Hochstr.  
 Essen-Frohnhausen. Abends 8 Uhr bei Pottgießer. Essen-Neckwig. Vorm. 11 Uhr bei Wuchmüller. Essen-Neuenhausen. Vorm. 11 Uhr bei Schroer. Essen-Mittelscheid. Vorm. 11 Uhr bei Ballweg. Essen-Segeroth. Abends 7 Uhr bei Langenberg. Gelsenberg. Nachm. 5 Uhr bei Schilten (zum Postwagen). Gelsenkirchen-Neustadt. Vorm. 11 Uhr im Ruhral-Restaurant. Gelsenkirchen-Schalke. Vorm. 11 Uhr bei Wegener. Hamm, Bezirk Nordost. Morgens 11 Uhr bei Wob. Hamm, Bezirk Westfalen. Nachm. Uhr mit Frauen bei Helm. Referent: Kollege Böcher. am Raldenhoferweg. Referent: Kollege Böcher. Hartingen. Vorm. 11 Uhr bei Knecht. Ingolstadt. Vorm. 10 Uhr im Laifol. Betriebsrat. Wicht. Tagesordnung.  
 Köln-Verwaltungsstelle. Nachm. 3 Uhr Vorstande u. Vertrauensmänner-Konferenz im Lokale „Decke Tommes“, Hammergasse. Köln-Voll. Morgens 11 Uhr bei Jährender, Hauptstr. 22. Mühlheim-Nuhr. Vorm. 11 Uhr bei Ruder am Froschenteich, Bericht von der Bezirkskonferenz.  
 Mühlheim-Dinslaken. Vorm. 10 Uhr bei Bleckmann. Referent: Kollege Kuj der Lefe.  
 Mühlheim-Holweide. Morgens 11 Uhr bei Hüfel. Mühlheim-Deubrich. Morgens 11 Uhr bei Korfshilgen. Mühlheim-Jugendklasse. Nachm. 3 Uhr bei Stebbel, Steutenstr. 9. Mühlheim-Merheim und Brick. Abends 6 Uhr bei Schumacher. Mühlheim-Wuchheim. Abends 8 Uhr bei Wuch. Reheim-Ortsverwaltung. Nachm. 2 Uhr Quartals-Generalvers. im Gesellenhause. Auffstellung der Delegierten zur Generalvers. in Dortmund.  
 Nürnberg-Jugendklasse. Mittags 2.30 Uhr im Gesellenhospiz, Tafelhofstraße 7.  
 Troisdorf. Morgens 10.30 Uhr bei Goseberg, zum belstischen Kaiser.

**Montag, den 22. April.**  
 Birtb. Abends 8.30 Uhr im Restaurant „Dreikönig“.

**Dienstag, den 23. April.**  
 Dortmund 2. Abends 7.30 Uhr bei Bergermann.

**Freitag, den 26. April.**  
 Hamborn. Abends 8.15 Uhr Versammlung der Vorstandsmitglieder, Vertrauensmänner und Kartellbelegierten bei Freundlies am Neumarkt.  
 Schifferried. Abends 8 Uhr im „Ochsenaal“. L.-D.: Gründung eines Ortsartells. Ref.: Kollege Krug-Stuttgart.

**Samstag, den 27. April.**  
 Dbg.-Neudorf. Abends 8.30 Uhr bei Haverkamp, Ecke Kammerstr. und Blumenstr.  
 Düsseldorf-Neuk. Abends 9 Uhr bei Flob, Rieberstraße. Düsseldorf-Ratingen. Abends 9 Uhr bei Pirten, Bedemerstraße. Gevelsberg. Abends 8.30 Uhr bei J. Schilten, Mittelstr. Hamburg. Abends 9 Uhr bei Schröder, Tafelstr. 97. Karlsruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmgarten. Köln-Stadt. Abends 9 Uhr im Bierseel, Freiheitstraße. Köln-Grensfeld. Abends 9 Uhr bei Rordörfer, Kesperstraße. Reheim-Sundern. Abends 8.30 Uhr bei Funke. Mühlheim-Dinnwald. Abends 8.30 Uhr bei Müller. Stuttgart-Ladwigsburg. Abends 6 Uhr bei Wetmann.

**Sonntag, den 28. April.**  
 B.-Gladbach. Morgens 11 Uhr bei Meyer.  
 Berlin-Oberischneude. Abends 7 Uhr bei Welsch. Dbg.-Reiderich. Nachm. 4 Uhr bei Haverkamp, Garfräucherstraße. Dbg.-Wandemmerort. Nachm. 5 Uhr bei Kaffee, Fühgerstraße. Düsseldorf-Flügel. Vorm. 11 Uhr bei Schmalhaus, Altkerkstraße. Düsseldorf-Oberbilf. Vorm. 11 Uhr bei Wölges, Ederstraße. Düsseldorf-Rath. Vorm. 11 Uhr bei Krellinger (Schulden), Münsterstr. Düsseldorf-Grath. Vorm. 11 Uhr bei Schlichting, Kreuzstraße. Gien-Ortsverwaltung. Vorm. 10 Uhr im „Alfredshaus“, Frohnauerstraße 19; Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung Mitgliedsbuch berechtigt zum Eintritt.  
 Gladbeck. Nachm. 4 Uhr bei Wörpitz (christl. Gewerkschaftshaus). Köln-Ralf. Morgens 11 Uhr bei Hönigesberg, Brunerstraße 14. Mühlheim-Oberhausen (Ortsverwaltung). Nachm. 4 Uhr Vorstande und Vertrauensmänner-Konferenz bei G. Rod am Bahnhof Mühlheim-Sayrum. Ref.: Kollege Reupke-Düsseldorf.  
 Reheim, 2. Bezirk. Nachm. 5 Uhr mit Frauen in der Wallbuis Wöhnestraße.  
 Reheim-Obl. Abends 8 Uhr mit Frauen bei Lohmann.  
 Reheim-Jugendliche. Nachm. 3 Uhr Ausflug nach Büttrigen. Reimkirchen. Abends 8 Uhr im „Stern“ bei Schleppt.  
 Raffrath. Morgens 11 Uhr.  
 Rahlheim. Morgens 11 Uhr bei Sammlung, Benloerstraße 187.  
 Rath-Genmar. Morgens 11 Uhr bei Kretz, Röhrestraße.  
 Reirath. Morgens 11 Uhr bei Wwe. Theodor Demmer.  
 Stammheim und Hiltard. Abends 6 Uhr bei Förster.

**Wresien.**  
 Stippstadt-Ortsverwaltung. Die Geschäftsstelle befindet sich Untertstraße 17, Adresse: Ernst Gauer.